NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT

INHALT

Der Staatshaushalt des Sowjetstaates 1

Die Entlarvung des bürgerlichen Kosmopolitismus . . 3

A. LEONTJEW — Unter dem Deckmantel der sogenannten „europäischen Einheit" (Schluß) 6

P. TROFIMOW — Wer die Repatriierung der versetzten Personen vereitelt und zu welchem Zweck . 11

Internationale Umschau (Notizen) 15

W. JORDANSKI — Briefe aus Prag. 2. Den Boden dem Volk! 19

J. SWETLOW — Im befreiten Tschangtschun (Brief aus der Mandschurei) 23

Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen:

N. SCH. — Ein Gaunertrick 26

D. PETROWSKI — Mißglückter Vorstoß eines Fürsprechers des Marshallplans 27

Kritik und Bibliographie:

W. KRYMSKI — Offenbarungen eines USA-Imperialisten 29

Aus dem Briefkasten der Redaktion:

W. LWOW — Wahrheit verboten 31

Chronik der internationalen Ereignisse 32

12

16. März 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD" — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT Nr. 12 MOSKAU, 16. MÄRZ 1949

Der Staatshaushalt der Sowjetunion

DER OBERSTE SOWJET der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken hat den von der Sowjetregierung eingebrachten Staatshaushalt für das Jahr 1949 erörtert und bestätigt. Seine Einnahmen belaufen sich auf insgesamt über 446 Milliarden, seine Ausgaben auf über 415 Milliarden Rubel.

In der gesamten Struktur und in jedem Artikel dieses Haushalts widerspiegeln sich die Erfolge, die das Sowjetland in den Jahren seit dem Kriege erzielt hat, und die grundlegenden Vorzüge der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung, die derartig gewaltige Erfolge allein möglich machen. Man sieht hinter den Zahlen des Staatshaushalts die energische Schöpferarbeit des Sowjetvolkes, das der uneingeschränkte Besitzer aller Reichtümer des Landes, seines Bodens und seiner Naturschätze, seiner Werke und Fabriken, seiner Banken und Eisenbahnen ist.

Der Staatshaushalt der Sowjetunion wird im Einklang mit den allgemeinen Volkswirtschaftsplänen aufgestellt und ist ein zuverlässiges Werkzeug zur Hebung der sozialistischen Wirtschaft auf ein höheres Niveau. Der Haushalt dient in den Händen des Sowjetstaates als ein starker Hebel zur Mobilisierung und Neuverteilung der materiellen Hilfsquellen im Interesse eines unaufhörlichen Aufstiegs der Volkswirtschaft, einer Vergrößerung des Volkseinkommens, einer Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der gesamten Bevölkerung.

Im Haushalt für 1949 prägen sich die Vorzüge der sozialistischen Planwirtschaft besonders deutlich aus. Nehmen wir allein die folgende bezeichnende Tatsache. Die in der Sowjetunion am 1. März durchgeführte Senkung der Kleinhandelspreise für Waren des Massenbedarfs, dank der die ganze Bevölkerung kolossal viel gewinnt, bedeutet anderseits für den Staatshaushalt einen Ausfall von etwa 44 Milliarden Rubel (für die Zeit von März bis Dezember 1949). Trotzdem hat der Gesamtumfang des Haushalts für 1949 gegenüber dem Vorjahr nicht abgenommen, sondern vielmehr bedeutend zugenommen. Dabei hat der Haushalt nicht nur keinen Fehlbetrag aufzuweisen, sondern sieht ebenso wie in den früheren Jahren einen großen Überschuß der staatlichen Einnahmen über die Ausgaben vor (einen Überschuß von mehr als 30 Milliarden Rubel). Dies hat sich als möglich erwiesen, weil die gewaltige organisatorische Arbeit der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung das Sowjetvolk zu schöpferischen Bemühungen um die weitere starke Hebung der Volkswirtschaft des Landes mobilisiert. Immer sparsamere Wirtschaftsweise, beschleunigte Zirkulation des Betriebskapitals, Ansteigen der Arbeitsproduktivität, ununterbrochenes Anwachsen der Produktion — alles dies führt zu einer bedeutenden Vergrößerung der Staatseinnahmen.

Ein Staatshaushalt ohne Fehlbetrag — und noch mehr ein Überschuß der staatlichen Einnahmen über die Ausgaben — ist für die größten Länder der kapitalistischen Welt heutzutage ein unerfüllbarer Traum. Selbst in den Vereinigten Staaten sieht der Staatshaushalt für 1949/50 einen Fehlbetrag von fast 900 Millionen Dollar vor. Der Staatshaushalt Frankreichs hat das kolossale Defizit von 300 Milliarden Frank aufzuweisen. Ebenso, wenn nicht noch schlechter, ist es um die Staatshaushalte der anderen kapitalistischen Länder bestellt. Auf welche Weise wird dieser Fehlbetrag gedeckt? Vor allem durch steigende Steuern, deren ganze Schwere die unbemittelten, werktätigen Bevölkerungsschichten zu tragen haben.

Der sowjetische Staatshaushalt ist auf prinzipiell anderen Grundlagen aufgebaut. In der Sowjetunion machen die von der Bevölkerung aufzubringenden Steuern 1949 nur 8,2 Prozent des Einnahmenteils des Staatshaushalts aus. Die Hauptmasse — fast drei Viertel — aller Haushaltseinnahmen aber geht aus der Volkswirtschaft ein — in Form von Umsatzsteuern und Gewinnüberweisungen der sozialistischen Industrie, des Verkehrswesens, des Handels, der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft. Diese beiden grundlegenden Einnahmeposten steigen 1949 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 22 Milliarden Rubel, was durch rationellere Wirtschaftsweise in den Betrieben, Senkung der Produktionsselbstkosten und vergrößerte Rentabilität der Betriebe erreicht wird.

Nicht weniger erstaunlich ist die Beschaffenheit des Ausgabenteils im Staatshaushalt des Sowjetlandes. Fast zwei Drittel aller Ausgaben des Staatshaushalts für 1949 — etwa 272 Milliarden Rubel — werden zur Finanzierung der Volkswirtschaft und sozialer bzw. kultureller Maßnahmen verwendet. Es steigen die Ausgaben für den Neubau von Industriebetrieben, Wohnhäusern, Einrichtungen zur kulturellen und materiellen Betreuung der Bevölkerung. Wenn ein Sowjetmensch sich in die Kolonnen der zehn- und zwölfstelligen Zahlen dieser Artikel des Staatshaushalts hineinliest, so sieht er hinter ihnen die Umrisse von hunderten und tausenden neuen und rekonstruierten Betrieben, Schulen, Krankenhäusern, Klubgebäuden, Kindergärten und Wohnhäusern, die im laufenden, vierten Jahr des Stalinschen Nachkriegsplanjahrfünfts errichtet werden sollen und errichtet werden, wodurch die Macht unseres Staates gemehrt und das Leben des Sowjetvolkes immer schöner gestaltet wird.

Welchen Ausgabenposten für soziale und kulturelle Bedürfnisse man auch nehmen möge — in jeder Zahl erkennt man die Sorge der Sowjetregierung für die weitere Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus des Volks. Die für diese Bedürfnisse bewilligten Summen sind gegenüber den vorangegangenen Jahren bedeutend gestiegen. Die Aufwendungen für das Bildungswesen belaufen sich in diesem Jahr auf 60,8 Milliarden Rubel, für den Gesundheitsschutz auf 21,6 Milliarden, für die Sozialfürsorge auf 21,4 Milliarden, für Beihilfen an kinderreiche und alleinstehende Mütter auf 3,4 Milliarden Rubel usw.

Die Bedeutung und die Ergebnisse so großer Bewilligungen liegen auf der Hand. Die Ausgaben für das Bildungswesen sichern in diesem Jahr die Durchführung des allgemeinen siebenjährigen Schulunterrichts und eine bedeutende Erweiterung des Mittelschulwesens. Fast 34 Millionen Schüler werden im Jahre 1949 auf den Schulbänken der Grundschule und der Mittelschule sitzen, während die Zahl der Studenten in unserem Lande sich auf etwa 1,9 Millionen belaufen wird!

Auch hier fühlt man sich unwillkürlich zu einem Vergleich mit den kapitalistischen Staaten veranlaßt. In den Vereinigten Staaten von Amerika haben selbst nach den von Präsident Truman angeführten amtlichen Angaben Millionen von Kindern nicht die Möglichkeit zu lernen: es fehlt an Schulen, es fehlt an Lehrern. Dutzende Millionen Amerikaner — Arbeiter, Angestellte, Farmer — sind nicht imstande, eine auch nur einigermaßen ernste ärztliche Hilfe zu finden: sie übersteigt ihre Mittel. Jedesmal vor den fälligen Wahlen kann der einfache Amerikaner im Rundfunk oder in den Zeitungen pharisäisch tränenreiche Klagelieder hören oder lesen über den furchtbaren Zustand der Elendsviertel, in denen Millionen Menschen hausen, über den grauenhaften Stand der Volksbildung, des Gesundheitsschutzes, der Sozialfürsorge. In solchen Zeiten knausern die gegeneinander konkurrierenden Kandidaten auf den Präsidentenposten und die Kongreßsitze nicht mit dem Versprechen, die Lage verbessern und Bewilligungen für den Bau billiger Wohnstätten, Schulen, Krankenhäuser durchsetzen zu wollen. Aber das praktische Leben zeigt immer wieder die Verlogenheit dieser Versprechungen, die beim Stimmenfang freigebig ausgeteilt werden.

Übrigens ist hieran nichts Verwunderliches. Die Machthaber der kapitalistischen Welt sind keineswegs an einer Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Volksmassen interessiert. Die durch Steuern aus dem Volk herausgepreßten Haushaltsmittel werden in den Vereinigten Staaten ebenso wie in England, Frankreich, Holland, Belgien und anderen kapitalistischen Ländern in ihrer überwiegenden Masse für das Wettrüsten, für die Militarisierung, für den militärisch-polizeilichen Staatsapparat verwendet.

Bettelpfennige für die wirklichen Bedürfnisse des Volkes, Milliarden zur Vorbereitung eines Krieges für die Weltherrschaft der amerikanischen Monopole — so sehen die Staatshaushalte aller Länder aus, die sich im Fahrwasser des britisch-amerikanischen Blocks bewegen. Die militärischen Ausgaben Englands z. B. wachsen von Jahr zu Jahr. Im jetzigen Haushaltsjahr (1948/49) sind sie fast dreimal so hoch wie im Vorkriegsjahr 1938/39. In den Vereinigten Staaten, die das imperialistische Lager anführen, ist mehr als die Hälfte der Haushaltsmittel für 1949/50 zum Wettrüsten bestimmt.

Die Haushalte der imperialistischen Länder, vor allem der Vereinigten Staaten, sind Haushalte der Aggression und des Krieges. Der Staatshaushalt der Sowjetunion ist ein Haushalt des Volkswohlstandes, der Errichtung des Kommunismus in unserem Lande, ein Haushalt des Schutzes dauernden Friedens und der Sicherheit, freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den Völkern aller Länder. In unserem Haushalt für 1949 werden 81 Prozent der Ausgaben für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau verwendet. Für den Unterhalt der Streitkräfte sind 19 Prozent der Haushaltsausgaben bestimmt. Diese Bewilligungen sichern die Finanzierung aller Ausgaben für die Sowjetarmee, die unermüdlich

über den Frieden wacht und der friedlichen Arbeit des Sowjetvolkes ein sicherer Schutz ist.

Der sowjetische Staatshaushalt für 1949 ist ein klarer Beweis für die Festigkeit und das Aufblühen des Wirtschaftslebens, des Finanzwesens, des Währungssystems im Sowjetlande. In kürzester Frist wurden in unserem Lande die Folgen des Krieges in der Sphäre des Geldumlaufs beseitigt, der Rubel wieder vollwertig gemacht, die Preise für Waren des Massenbedarfs bedeutend gesenkt und der Kurs des Rubels gegenüber den ausländischen Währungen ununterbrochen erhöht. Diese Errungenschaften des sowjetischen Wirtschaftslebens sind besonders eindrucksvoll vor dem Hintergrund der Inflationswogen und der wachsenden Arbeitslosigkeit in den meisten kapitalistischen Ländern, der steigenden Preise und des sinkenden Reallohns der Werktätigen einerseits, der wahnwitzigen Vergrößerung der Profite der Industrie- und Bankmagnaten anderseits.

Der Staatshaushalt der Sowjetunion ist ein neuer Beweis für die Vergrößerung ihrer Wirtschaftsmacht, für die unentwegte Entwicklung der Kräfte des sozialistischen Staates, der die von J. W. Stalin vorgezeichnete Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft erfolgreich verwirklicht.

Die Entlarvung des bürgerlichen Kosmopolitismus

SEIT mehreren Wochen verwendet die Sowjetöffentlichkeit große Aufmerksamkeit auf die Entlarvung des Wesens und der Rolle des bürgerlichen Kosmopolitismus, von dessen Geist, wie sich herausstellt, eine antipatriotische Gruppe von Theater- und Literaturkritikern, aber auch einige Mitarbeiter des Filmwesens, der Literatur, der Kunst, des Theaters und der Wissenschaft, namentlich der Philosophie, durchdrungen waren.

Die antipatriotische Gruppe von Kosmopoliten operierte mit den Methoden ideologischer Schädlingsarbeit, mit Sabotageakten, die unternommen wurden, um auf Gebieten wie die Literatur, das Theater, das Filmwesen und die Malerei die sozialistische Kultur zu untergraben. Ihre Anstrengungen richteten sich gegen das Parteiprinzip, gegen den Ideengehalt der Literatur, der Kunst, der Wissenschaft, gegen den lebenspendenden Sowjetpatriotismus. Die Kosmopoliten zogen zu Felde gegen den sozialistischen Realismus der sowjetischen Literatur und Kunst, die von gesundem, lebensbejahendem Geist durchdrungen sind. Sie veranstalteten eine Hetze gegen Schriftsteller und Dramatiker, die bestrebt waren, in ihren Werken die Wirklichkeit wiederzugeben und wahrheitsgetreue Gestalten von Menschen zu schaffen, die am Aufbau der kommunistischen Gesellschaft arbeiten. Die Kosmopoliten verhöhnten die in sich ganzheitliche Natur und die gesunden Bestrebungen des sowjetischen Menschen, dem Hamletsche Selbstzerfleischungen, Gespaltenheit der Persönlichkeit, Pessimismus, Hoffnungslosigkeit, Ideenleere fremd sind. Es gefiel ihnen nicht, daß in der Kunst und Literatur der Völker der Sowjetunion die Gestalt des sowjetischen Menschen ebenso wie im Leben vorherrscht, des Menschen, der vom Glauben an die Zukunft, vom Bewußtsein seiner Kraft, von Tätigkeitsdrang erfüllt ist.

Die antipatriotische Tätigkeit der Gruppe literarischer Kritiker war den Augen der Öffentlichkeit weitgehend verborgen und wurde hinter den Kulissen entfaltet. Das ist begreiflich, da derartige Gruppen nicht darauf rechnen können, von der öffentlichen Meinung unterstützt zu werden. Die Sowjetgesellschaft ist in ihrem tiefsten Wesen so gesund, daß beliebige volksfeindliche Tendenzen sich maskieren, verstecken und hinterrücks wirken müssen, da sie sonst sehr schnell entlarvt werden und sofort eine vernichtende Abfuhr erhalten würden.

Die kosmopolitischen Kritiker suchten das Fundament der Sowjetkunst zu untergraben. Unter dem Deckmantel einer Erörterung der künstlerischen Vorzüge oder Mängel dieses oder jenes Werkes predigten sie Formalismus und ästhetischen Snobismus und forderten Ideenleere der Kunst und der Literatur. Ideenleere aber ist

ein Charakterzug jenes Kultursurrogats, das die amerikanischen Imperialisten der Welt aufdrängen wollen. Indessen ist eine inhaltslose Kunst, die keine gesellschaftlichen und sozialen Probleme aufwirft, überhaupt keine wahre Kunst.

In sklavischer Anbetung der bürgerlichen Kultur, die sich in einem Zustand des Marasmus und der Fäulnis befindet, bekrittelten die Kosmopoliten alles Sowjetische, Fortschrittliche, Patriotische. Sie unternahmen erfolglose Versuche, die Kunst vom Volke loszureißen und zwischen Kunst und Volk eine Kluft zu schaffen. Sie taten im Grunde das gleiche, was westeuropäische offene Handlungsgehilfen des USA-Imperialismus tun, wie der Gaullist André Malraux, der vor kurzem in einem Artikel „Appell an die Intellektuellen" verkündete, der Mensch sei um so mehr Mensch, je weniger er mit seinem Lande, mit seinem Volke verbunden sei!

Die Kosmopoliten waren bestrebt, die nationalen Wurzeln der großen russischen Kunst und Literatur zu untergraben. Gesagt werden muß, daß eine Untergrabung der Wurzeln der nationalen Kultur jedwedes Volkes darauf abzielt, die Aufnahme der gefälschten Kultur Amerikas zu erleichtern.

Eine derartige antipatriotische Tätigkeit ist ihrem tiefsten Wesen nach volksfeindlich. Sie läuft der ganzen Linie der Kommunistischen Partei zuwider und wird von der gesamten Sowjetöffentlichkeit, in erster Linie von den breiten Kreisen der Kulturschaffenden und der Wissenschaftler, entschieden verurteilt.

Kosmopolitismus ist dem Sowjetvolk, ist der ihrer Form nach nationalen, ihrem Inhalt nach sozialistischen Sowjetkultur fremd. Der patriotische Stolz des Sowjetvolkes auf seine kulturellen Errungenschaften hat berechtigte Gründe. Die Verdienste des großen russischen Volkes auf dem Gebiet der Kultur sind allgemein bekannt und unbestreitbar. In vielen wichtigsten Wissenschaftszweigen ist die Priorität der russischen Wissenschaft festgestellt. Die russische Kultur war stets eine Trägerin der ruhmreichen revolutionären und humanistischen Traditionen. Die Wissenschaft, die Literatur, die Musik und die Malerei Rußlands gehörten stets zu den fortschrittlichsten der Welt. Unter den heutigen Verhältnissen, unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft folgt die Überlegenheit der sowjetischen Wissenschaft, Kultur und Kunst mit logischer Kraft aus der Überlegenheit der Wirtschafts- und Sozialordnung des Sowjetstaates, des fortschrittlichsten Staates der Welt. Nur Ignoranten oder Lügner können das bestreiten.

Der Sowjetpatriotismus ist eine der wichtigsten Triebkräfte der Sowjetgesellschaft. Die schöpferischen Kräfte des Volkes sind jene unversiegbare Quelle, aus der das Sowjetland seine Macht schöpft. Hier hat man die Enträtselung jenes „Wunders" zu suchen, von dem die verlogenen bürgerlichen Kritiker der Sowjetordnung jedesmal reden, wenn sie die sinnfällige Tatsache der Unbesiegbarkeit dieser Ordnung schon nicht mehr leugnen können.

Der Sowjetpatriotismus ist unauflöslich verbunden mit dem proletarischen Internationalismus als der Ideologie der Arbeiterklasse. Die sozialistische Großmacht war stets ein Anziehungszentrum für die breiten Massen der Werktätigen der ganzen Welt, die in ihm eine Verkörperung ihrer Hoffnungen und ihres Sehnens erblicken.

Das stürmische wirtschaftliche Aufblühen des sozialistischen Landes geht Hand in Hand mit einem ebenso reichen Erblühen des lebendigen, schöpferischen Denkens, mit einem Erblühen der Wissenschaft, der Kultur, der Kunst, der Literatur. Angesichts der kapitalistischen Umwelt sind drei Jahrzehnte ein verschwindend kurzer historischer Zeitabschnitt, wo es gilt, im Bewußtsein der Menschen die mißgestalteten Überbleibsel des Kapitalismus restlos zu tilgen. Aber auch in diesem kurzen Zeitraum ist in unserem Lande auf diesem Gebiet nicht wenig getan worden. Die Kommunistische Partei arbeitet als Vorhut der Arbeiterklasse im Kampf für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft unermüdlich an der ideologischen Erziehung des Volkes.

Die Nachkriegsperiode ist gekennzeichnet durch intensive Schöpferarbeit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf ideologischem Gebiet. Einer ganzen Reihe von Beschlüssen der Parteiführung auf diesem Gebiet kommt historische Bedeutung zu. Diese Dokumente sind auch außerhalb des Sowjetlandes weithin bekannt. Die Beschlüsse des Zentralkomitees der KPdSU(B) über Fragen der Literatur im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Zeitschriften „Swesda" und „Leningrad" und über Fragen des Theaters und des Filmwesens, die Rede des Genossen A. A. Shdanow in der Diskussion über das Buch G. F. Alexandrows „Geschichte der westeuropäischen Philosophie", und schließlich die kürzlich in der Parteipresse (den Zeitungen „Prawda" und „Kultura i Shisn" [Kultur und Leben]) erschienenen Artikel gegen die antipatriotische Tätigkeit einer Gruppe von Theaterkritikern — alle diese Dokumente bilden eine ununterbrochene ideologische Kette von Weisungen der Kommunistischen Partei, die auf den Kampf gegen das Eindringen der bürgerlichen Ideologie, auf den Kampf gegen die Überbleibsel des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen gerichtet sind.

Alle diese Dokumente, die verschiedene Abschnitte der ideologischen Front betreffen, eint eine gemeinsame Idee: sie erklären der Apolitizität, der Ideenleere in der Literatur, in der Kunst und Wissenschaft den Krieg, sie verlangen von ihnen bolschewistische Zielsetzung. Die sowjetische Kultur, Literatur, Kunst, Wissenschaft müssen großen Zielen dienen — der Errichtung einer neuen, fortschrittlichen menschlichen Gesellschaft, den Zielen des Kampfes gegen Reaktion und Imperialismus, gegen die Kriegsbrandstifter, für den Frieden, für die Demokratie, für die Errichtung des Kommunismus. Für sowjetische Schriftsteller, Gelehrte, Literaten ist der bürgerliche Objektivismus unannehmbar, da er nur als Deckmantel dient, um reaktionäre Ideologie einzuschleppen. Die Menschen des Sowjetlandes ideologisch noch stärker zu rüsten und ihre Kampffähigkeit zu heben — das ist der Sinn und der Inhalt jener großen Erziehungsarbeit, die die Kommunistische Partei der Sowjetunion gegenwärtig durchführt.

Die Überlegenheit der kommunistischen Ideologie ist vom praktischen Leben bewiesen. Durchdrungen von hoher Gerechtigkeit und Humanität, bedeutet diese Ideologie den Triumph der Vernunft und der Gerechtigkeit über die Barbarei und die Wildheit des kapitalistischen Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Der bürgerliche Kosmopolitismus ist die offizielle Ideologie der britisch-amerikanischen Imperialisten in ihrem Kampf um die Weltherrschaft. Er führt seine Schläge gegen das nationale Selbstbewußtsein der Menschen. Er verhöhnt den Patriotismus, er verwirft die nationale Kultur, die nationale Souveränität. In unseren Tagen ist der Kosmopolitismus die gemeinsame Ideologie der reaktionären bürgerlichen Parteien, der Nachbrut des Faschismus und der Rechtssozialisten, der Lakaien des USA-Imperialismus. Es sind gerade die Rechtssozialisten, die das Prinzip der nationalen Souveränität besonders wütend attackieren. Ihr Kosmopolitismus ist nicht nur gegen die Idee des Schutzes der nationalen Unabhängigkeit gerichtet, sondern er ist gleichzeitig auch dem wahren proletarischen Internationalismus zutiefst feindlich. Die Aufrufe Blums, Bevins, Spaaks und ihresgleichen zu „europäischer Zusammenarbeit" und „westlicher Gemeinschaft" sind nicht mehr als eine Tarnung für die Politik des Zusammenschlusses der internationalen Reaktion gegen die Sowjetunion und die wahrhaft demokratischen Kräfte in der ganzen Welt.

Der Kosmopolitismus ist die Kehrseite des Rassenfanatismus und des bürgerlichen Nationalismus. Er dient als eine vergiftete Waffe zur ideologischen Zersetzung der Völker, zur Vernichtung ihres nationalen Selbstbewußtseins. Er steckt sich das Ziel, den Kampf der Völker für die nationale Unabhängigkeit, ihren Kampf für die Freiheit zu untergraben und ihren Widerstand gegen die imperialistische Knechtung zu unterdrücken. Er ist berufen, den Willen des Volkes zum Schutz seiner nationalen Existenz abzuschwächen. Alles dies kommt den imperialistischen Räubern bei ihren Plänen gewaltsamer Errichtung ihrer Weltherrschaft sehr gelegen.

Aus diesem Grunde nimmt die Propaganda für den bürgerlichen Kosmopolitismus als die offizielle Ideologie der britisch-amerikanischen Imperialisten in der Taktik der Imperialisten eine wichtige Stelle ein. Sie findet ihren Ausdruck in Aufrufen zur Schaffung eines „Weltstaats", einer „Weltregierung", einer „Weltbürgerschaft".

Die energische Entlarvung der bürgerlichen Kosmopoliten, die in der Sowjetunion vor sich geht, ist von großer internationaler Bedeutung. Als der erste sozialistische Staat der Welt bahnt die Sowjetunion einen Weg zum Fortschritt auf allen Gebieten des Lebens, der Wissenschaft und der Kunst und ist ein Träger und Verfechter der fortgeschrittensten und fortschrittlichsten sozialen und gesellschaftlichen Ideen.

Der dem Kosmopolitismus erklärte schonungslose Krieg, die Entlarvung der bürgerlichen Kosmopoliten, dieser Einschmuggler bürgerlicher Ideologie, führt einen schweren Schlag nicht nur gegen die Feinde des Sowjetstaats, sondern gegen das imperialistische, antidemokratische Lager überhaupt. Gleichzeitig bildet dieser Kampf einen wesentlichen Beitrag zum Schutze des Friedens.

Die Entlarvung des bürgerlichen Kosmopolitismus als der Ideologie des aggressiven Imperialismus ist ein Bestandteil des gemeinsamen Kampfes der Völker für einen dauerhaften Frieden, gegen die imperialistischen Kriegsbrandstifter. Darin liegt die internationale Bedeutung des Kampfes gegen den bürgerlichen Kosmopolitismus.

Unter dem Deckmantel der sogenannten „europäischen Einheit"

A. LEONTJEW

IV*

Die transatlantischen Vormünder der europäischen Reaktion begreifen ausgezeichnet, wie schwankend deren Positionen sind. Nicht selten plaudern sie das mit plumper Unverblümtheit aus. So bezeichnet der amerikanische Journalist John Gunther in einem Artikel „Heute innerhalb Europas" (Inside Europe Today), der am 2. Februar d. J. in der „New York Herald Tribune" erschienen ist, zwar die Tatsache als ein „positives Moment", daß „der Marshallplan aus einem Füllhorn Dollars über Europa ausschüttet", macht aber sogleich folgendes vielsagende Geständnis:

„Negativ ist, ... daß, falls man z. B. Griechenland die amerikanische Hilfe entzöge, die griechische Regierung das keine zehn Tage überleben würde. Ebensowenig könnte die französische und die italienische Regierung das mehr als ein paar Wochen oder Monate überdauern."

Wie wir sehen, schätzen die amerikanischen Imperialisten die wahren Stimmungen des Volkes gegenüber den reaktionären Cliquen, die sich von Dollars Gnaden in den Ländern Westeuropas an der Macht halten, ziemlich nüchtern ein. Aber die Bankrotteure des europäischen Kapitalismus fürchten sich nicht nur vor ihren eigenen Völkern, sie verspüren eine wachsende Angst vor den unterdrückten Völkern der Kolonialländer. Die lärmreiche Agitation für eine „Vereinigung Europas" ist stets begleitet von Aufrufen zu gemeinsamen Aktionen in den Kolonien. So wird in der Deklaration der Brüsseler Tagung des Rats der „Europa-Bewegung" hervorgehoben, daß

„jegliche Form der Union die besonderen Bindungen in Betracht ziehen muß, die gewisse Nationen mit Überseeländern verknüpfen".

Diese Bindungen, so heißt es weiter,

„müssen zu allseitigem Nutzen erhalten und erweitert werden".

Übersetzt man diese Worte aus der salbungsvollen heuchlerischen Sprache der Imperialisten in die gewöhnliche menschliche Sprache, so ist nicht schwer zu verstehen, daß es sich um die Aufrechterhaltung und Erweiterung der Macht der gierigen europäischen Kolonisatoren über die Kolonialvölker handelt, die einen aufopferungsvollen Kampf gegen die unmenschliche Unterdrückung, für ihre Freiheit und Unabhängigkeit führen.

Den Kolonisatoren brennt der Boden immer mehr unter den Füßen, besonders in Asien. Die Angst peitscht die britischen Imperialisten konservativer und rechtslabouristischer Färbung bei ihren Umtrieben zwecks „Vereinigung Europas" zu immer größerer Eile an. Churchills und Bevins Aufrufe finden vor allem in den andern alten Kolonialreichen, in Frankreich, Holland und Belgien, lebhaften Widerhall. Es gelüstete die herrschenden Klassen dieser Länder nach keinerlei „Gemeinschaftlichkeit", solange sie im Mutterland und in den Kolonien noch fest im Sattel saßen. Aber die Zeiten haben sich geändert. Die Ereignisse in Indonesien und Vietnham, in Malaya und Birma, in Indien und den afrikanischen Kolonien zeigen, daß Dutzende, ja Hunderte Millionen von Kolonialsklaven in unaufhaltsame Bewegung geraten sind.

Die europäischen Mutterländer rechnen nicht mehr darauf, daß jedes von ihnen allein mit dieser machtvollen Bewegung fertig werden könnte. Daher ihre Sehnsucht nach der heiligen Allianz der Kolonialsklavenhalter, die ihnen die Gewähr geben soll, daß sie die Kolonialvölker auch weiterhin auf alte Weise werden ausbeuten können.

In den Projekten für gemeinsame Aktionen in den Kolonien wird Afrika besondere Beachtung geschenkt. Der „dunkle Erdteil" wird zu einer natürlichen Ergänzung Westeuropas erklärt, zu seiner Kornkammer, zu seinem Speicher industrieller Rohstoffe, zu seinem strategischen Hinterland. Der Ausdruck „Eurafrika", der ein Bündnis zwischen dem alten Europa und dem jungen, fast unberührten afrikanischen Kontinent bedeutet, findet jetzt Verbreitung. Es werden weitreichende Projekte für die Ausbeutung Afrikas ausgearbeitet, die selbstverständlich mit Hilfe amerikanischer Dollars erfolgen soll.

Somit steckt hinter der Propaganda für die „europäische Gemeinschaft" das Bestreben, die Kolonialherrschaft der europäischen Länder mit allen Mitteln, um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Die unstillbare Gier nach Kolonialprofiten ist es, die sich hinter dem weitschweifigen Gerede über „europäische Gemeinschaft" verbirgt, das die englischen Imperialisten und ihre Helfershelfer aus den andern Ländern von sich geben.

* Schluß. Anfang siehe Heft 11 der „Neuen Zeit".

V

Die Praxis zeigt, daß die rege Betriebsamkeit der „europäischen Föderalisten" verschiedener Schattierung einen untrennbaren Bestandteil der aggressiven Politik der Weltreaktion bildet, die die gegenwärtige Atmosphäre vergiftet. Die Presse des regierenden Lagers macht kein Geheimnis aus der engen Verbundenheit der „Europa-Bewegung" mit dem Marshallplan und der zu seiner Durchführung geschaffenen Organisation für europäische wirtschaftliche Kooperation, mit dem militärisch-aggressiven Westblock und mit dem jetzt in Vorbereitung befindlichen Nordatlantikpakt. So sagte Gustave Aucouturier, ein Kommentator der France Presse, Anfang Februar bei dem Versuch, Klarheit in die „Wirrnis" zu bringen, die „durch die Vielheit westlicher Organismen" geschaffen sei:

„Diese Kooperation" (der Länder Westeuropas) „konkretisiert sich bisher in vier Vertragsorganisationen, zwei schon gebildeten — der Westlichen Union der Länder, die den Brüsseler Vertrag unterschrieben haben, und der Organisation für europäische wirtschaftliche Kooperation — und zwei im Stadium der Organisierung befindlichen — dem Nordatlantikpakt und der europäischen Union."

Eine österreichische Zeitung, „Die Presse", die Regierungskreisen nahesteht, prophezeite am 20. Februar:

„Die Teilnehmer am künftigen geeinten Europa werden eines Tages wohl unvermeidlich mit den sogenannten Ländern des Marshallplanes identisch sein..."

Das Blatt behauptet, zu den erstgenannten gehöre auch Österreich, und drückt die ungeduldige Erwartung aus, Österreich werde sich in allernächster Zeit in die „atlantische Welt" eingliedern.

In den Spalten der westeuropäischen Presse tauchen immer wieder Meldungen auf, denen zufolge Ende März sowohl die atlantische Union endgültig zusammengezimmert als auch der europäische Rat gebildet sein werde. Am 7. März sandte Bevin im Namen der 5 Länder der Westlichen Union an die Regierungen von 5 anderen Ländern — Italien, Eire, Schweden, Dänemark und Norwegen — Einladungen zu einer Konferenz, die am 28. März in London zusammentritt, um den europäischen Rat zu gründen.

Naturgemäß entsteht folgende Frage: Warum werden gleichzeitig und gewissermaßen parallel zwei Organisationen geschaffen, die gleichgeartete Ziele verfolgen: der Nortdatlantikpakt und der europäische Rat? Eine Antwort auf diese Frage gibt die Wirklichkeit selbst. Die amerikanische Diplomatenküche, die den Nordatlantikpakt zusammenbrauen soll, hat durch ihre Tätigkeit dies Erzeugnis der Kriegsbrandstifter schon vor seiner Entstehung kompromittiert. In den Augen der Völker Europas, die keinen neuen Krieg wollen, ist dieser Pakt als Machenschaft der ärgsten Friedensfeinde bloßgestellt. Was Churchill und Bevin zur Schaffung des europäischen Rats unternehmen, verfolgt vor allem den Zweck, die Völker der westeuropäischen Länder zu betrügen, ihre Wachsamkeit gegenüber den Umtrieben der Kriegsbrandstifter durch das harmlose Aushängeschild eines „europäischen Föderalismus" einzuschläfern.

Was wird dieser europäische Rat eigentlich darstellen? Die Presse des regierenden Lagers der westeuropäischen Länder berichtet von verschiedenen Varianten der Bestimmung seiner Rolle und seiner Funktionen. Man schreibt — unverkennbar zu Ablenkungszwecken — von diesbezüglichen Differenzen zwischen Churchill, der eine vollständigere „Föderierung" Westeuropas wünsche, und Bevin, der angeblich für weniger enge Bindungen eintrete. Diese Lesart soll offensichtlich die Tatsache vertuschen, daß Bevin ausschließlich Churchills Politik betreibt. Man berichtet von gewissen Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und der französischen Diplomatie. Unabhängig davon, inwieweit diese Mitteilungen richtig sind oder inwieweit es sich nur um ein Spiel mit verteilten Rollen handelt, enden alle derartigen Meinungsverschiedenheiten schließlich mit einer Abmachung.

Die ständige Kommission der Westlichen Union hat „koordinierte Prinzipien" ausgearbeitet, die als Projekt für Statuten eines europäischen Rats bereits von den Regierungen der 5 Länder gebilligt sind. Dieser Abmachung zufolge wird der europäische Rat aus einem Ministerrat bestehen, dessen Mitglieder von den Regierungen der an der Union beteiligten Ländern bestimmt werden, sowie aus einer Konsultativversammlung von 100 Abgeordneten, die von den Parlamenten zu entsenden sind. Die Beobachter weisen vorsorglich darauf hin, daß dies durchaus keine föderative Regierung und kein föderatives Parlament für Europa sein werde. Die Konsultativversammlung ist als öffentliche Schwatzbude projektiert, die keinerlei praktische Bedeutung hat. Die Gemeindegeschäfte soll der Ministerrat erledigen, der hinter dicken Mauern, den Blicken der Öffentlichkeit unerreichbar, tagen wird.

Der englische Journalist Harold Nicolson, ein langjähriger Mitarbeiter ultrakonservativer Presseorgane, der vor noch nicht langer Zeit zur Labourpartei abgeschwenkt ist, bezeichnet die europäische Union vielsagend als etwas Gewaltigeres denn eine einfache Koalition oder Allianz und erklärt, die Länder Westeuropas würden eine gemeinsame Außenpolitik, eine gemeinsame Planwirtschaft und, was die Hauptsache sei, eine

gemeinsame Verteidigung zu Lande, zu Wasser und in der Luft haben.

Ein vielversprechendes Programm, das muß man schon sagen. Von seiner Verkündung bis zu seiner Verwirklichung ist jedoch ein endloser Weg. Das trifft vor allem für die „gemeinsame Planwirtschaft" zu. „Planwirtschaft" im Kapitalismus ist eine ebensolche Unmöglichkeit wie heißes Eis. In den „Prinzipien der europäischen Politik", die in Brüssel verkündet wurden, ist u. a. eine recht schleierhafte Erläuterung zu wirtschaftlichen Fragen enthalten, der die Klausel angefügt ist, diese Fragen müßten in allernächster Zukunft, auf der bevorstehenden Konferenz von Westminster, erörtert werden. Die Verfasser der Deklaration nehmen davon Abstand, den künftigen Beschlüssen vorzugreifen, und beschränken sich auf einen platonischen Seufzer, was doch alles erforderlich sei:

„... ein gemeinsamer Produktionsplan für die Schlüsselindustrien Westeuropas und eine allmähliche Beseitigung der Schranken, die gegenwärtig der Zirkulation der Menschen, Waren und Kapitalien im Wege stehen".

Diese heuchlerischen Phrasen klingen wie eine direkte Verhöhnung der Völker Westeuropas, die dem Elend, dem Hunger und einer erschreckend aussichtslosen Existenz gerade deshalb preisgegeben sind, weil die Bankrotteure des europäischen Kapitalismus nicht nur zu keinem gemeinsamen Produktionsplan gelangen können, sondern nicht einmal imstande sind, die größten Löcher in der Volkswirtschaft jedes einzelnen Landes zu stopfen und irgendwie auszukommen. Sie können nicht nur keine allmähliche Beseitigung der Schranken erwirken, sondern richten im Gegenteil immer neue wirtschaftliche Hindernisse zwischen den Ländern auf, wobei die Bourgeoisie jedes westeuropäischen Landes sich vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch auf Kosten ihres nächsten Nachbarn zu retten sucht. Hiervon zeugen mit ausreichender Klarheit die unaufhörlichen Streitigkeiten über wirtschaftliche Fragen zwischen England und Frankreich, zwischen England und den Beneluxstaaten und schließlich zwischen diesen Staaten untereinander.

Folglich haben die hohlen Phrasen über Wirtschaftsplanung einzig den Zweck, die Volksmassen der westeuropäischen Länder zu betrügen, ihre Aufmerksamkeit von den Wegen abzulenken, die wirklich zu einer Rettung aus Elend und Hunger führen können. Läßt man das Geschwätz von der „gemeinsamen Planwirtschaft" beiseite, so bleiben von der Definition der Aufgaben des europäischen Rats, wie sie der labouristisch-konservative Mischling Nicolson gibt, der ein ganz versierter Erläuterer der Politik Bevins-Churchills ist, nur zwei Dinge übrig: die „gemeinsame Außenpolitik" und die „gemeinsame Verteidigung zu Lande, zu Wasser und in der Luft", wobei Nicolson die letztgenannte Aufgabe als die „wichtigste" bezeichnet.

Also: Verzicht der westeuropäischen Staaten auf eine selbständige Außenpolitik zugunsten einer „gemeinsamen Außenpolitik" der englisch-amerikanischen Weltherrschaftsanwärter und Übergang der Streitkräfte dieser Staaten unter ein ausländisches Oberkommando. Und das wären alle Wohltaten, die die Schaffung eines europäischen Rats den westeuropäischen Ländern verheißt.

Vor Abschluß der Pariser Tagung der UNO-Vollversammlung erklärte Bevin, die UNO habe die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht gerechtfertigt, weshalb nur auf Festigung der Bande einer westeuropäischen Zusammenarbeit zu hoffen sei. Zieht man den inzwischen zutage getretenen Charakter des europäischen Rats in Betracht, so erkennt man, daß Bevin schon damals vorhatte, die Organisation, die berufen ist, der Sache des Friedens zu dienen, durch ein „vereinigendes" Machwerk zu ersetzen, das den Zielen der Vorbereitung eines neuen Krieges dient.

VI

Die Pläne der „europäischen Föderalisten" sind durchdrungen von hemmungsloser Feindschaft und blindem Haß gegen Osteuropa, gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie, die die amerikanische Knechtschaft ablehnen. Im Februar sagte der belgische Ministerpräsident Spaak, einer der ersten Gehilfen Bevins bei der Schaffung des europäischen Rats, zu Kingsbury Smith, dem europäischen Generaldirektor der amerikanischen Agentur International News Service:

„Die Tore des europäischen Rats sind und bleiben geöffnet für alle demokratischen Regierungen Europas ... dagegen versperrt der europäische Rat seine Tore vor jeder Regierung, die die Prinzipien der wahren Demokratie unbeachtet läßt und mißachtet."

Es ist nur zu gut bekannt, daß in der Sprache Spaaks und seiner Brotherren als „wahre Demokratie" das Regime in Griechenland sowie in Frankreich und Italien tituliert wird, wo gemäß der schon oben zitierten Aussage eines wohlunterrichteten amerikanischen Journalisten die gegenwärtigen volksfeindlichen Regierungen sich ohne amerikanische Stütze nur ein paar Tage, Wochen oder Monate an der Macht halten könnten. Interessant ist selbstverständlich nicht die Wortwahl Spaaks, sondern die offene Anerkennung der Tatsache, daß der europäische Rat nur kapitalistischen Ländern Europas vorbehalten bleibt. Die Spaltung Europas und der Zusammenschluß seines kapitalistischen Teils gegen die Länder, die den sozialistischen Weg gehen, wird also offen als Hauptzweck der „europäischen Zusammenarbeit" und des „europäischen Föderalismus" kundgetan.

Noch offener äußerten die Säbelraßler, die sich auf dem Brüsseler Kongreß der „Europa-Bewegung" versammelten, ihre aggressiven Ansichten gegen Osteuropa. Sie stellten einigen reaktionären Emigranten aus den Ländern der Volksdemokratie die Rednertribüne zur Verfügung. Der berüchtigte Raczynski, einer von denen, die den vor September 1939 bestehenden polnischen Staat dem Untergang anheimfallen ließen, sprach gleich pauschal im Namen Bulgariens, Ungarns, Rumäniens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens. Ebensogut hätte dieser Schwindler natürlich auch im Namen des Monds, des Mars und des Jupiter sprechen können. Raczynski rief genau wie Gemeto, ein Verräter des bulgarischen Volkes, der nach ihm das Wort ergriff, die Brüsseler Delegierten zum Feldzug gegen Osteuropa auf. Diese Aufrufe fanden selbstverständlich bei Churchill und seinen Freunden volle Sympathie. Der oberste Kriegsbrandstifter erklärte mit dem Gemisch von Zynismus und Heuchelei, das man ja von ihm gewöhnt ist:

„Wir können uns mit einer Zweiteilung Europas nicht einverstanden erklären. Europa muß sich vereinigen, und die Länder, die unter russischem Einfluß stehen, werden sich uns eines Tages anschließen."

Es stellt sich also heraus, daß unter der Flagge der europäischen Zusammenarbeit nicht nur Pläne zur Aufrechterhaltung der Spaltung Europas geschmiedet werden. Die Projektemacher der „europäischen Föderation" möchten die Länder Westeuropas in den Abgrund eines Kriegsabenteuers gegen die osteuropäischen Völker reißen, die den Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus gehen. Zu diesem Zweck nehmen die „europäischen Föderalisten" die Verräterbande aus den Ländern der Volksdemokratie unter ihre wärmenden Fittiche, fördern deren Spionage- und Sabotagearbeit und rühmen sich dieser so unsauberen Machenschaften auch noch in aller Öffentlichkeit!

Diese schlimmsten Feinde einer wahrhaften europäischen Einheit verschachern ihre Länder en gros und en détail an den gierigen USA-Imperialismus, für den die Länder Westeuropas nicht mehr sind als ein strategisches Aufmarschgebiet, ihre Völker nicht mehr als Kanonenfutter im Kampf für die hirnverbrannten Pläne, die auf Errichtung einer englisch-amerikanischen Weltherrschaft unter USA-Ägide hinauslaufen.

Für ein Kriegsabenteuer, auch wenn es schon von allem Anfang an zu völligem Scheitern verurteilt ist, bedarf es realer Kräfte. Auf der Suche nach einer realen Stütze für ihre Wahnsinnspläne wenden sich die neugebackenen „Vereiniger Europas" vor allem dem Plan einer Wiedererwekkung des deutschen Imperialismus zu. Churchill erklärte bei einem Empfang im Brüsseler Rathaus:

„Wir werden keinen Erfolg haben ohne die machtvolle deutsche Rasse."

Und er fügte hinzu: „Vergessen Sie gewisse vergangene Dinge!"

Mit andern Worten, Churchill empfiehlt den Belgiern, zwei Kriege zu vergessen, in deren Verlauf ihr kleines Land vom Stiefel des deutschen Imperialismus zertreten wurde.

Sumner Welles, ehemaliger Gehilfe des USA-Staatssekretärs, schrieb in einem Artikel über den europäischen Rat, der am 8. Februar in der „New York Herald Tribune" erschien:

„Mit andern Worten, die Engländer meinen, die Franzosen sollten sich mit einer Wiedererweckung der deutschen Macht als Bollwerk gegen Sowjetrußland abfinden."

Weiterhin macht er folgendes interessante Geständnis:

„Das ist genau der gleiche Standpunkt, wie er in den zwanziger Jahren vertreten wurde. Die Tatsache, daß Frankreich nach dem ersten Weltkrieg mit seiner Furcht vor dem deutschen Nationalismus so tragisch recht behalten hat und daß die Englisch sprechenden Mächte mit ihrer Behauptung, es lägen keine Ursachen zur Beunruhigung vor, so tragisch unrecht hatten, scheint in der Downing Street nicht zu zählen."

Also sind die heutigen Machthaber Englands ebenso wie ihre Protektionskinder aus der Zahl der gestrigen Hitlerfaschisten bereit, „alles wieder genau so zu machen" und die Lehren der Geschichte in den Wind zu schlagen. Sie vergessen aber auch, daß es außer den Kanzleien in der Downing Street und auf dem Quai d'Orsay noch Völker auf der Welt gibt, die eine Wiederholung des verbrecherischen imperialistischen Spiels nicht wünschen.

Der Brüsseler Tagung wohnte eine Delegation aus den Westzonen Deutschlands unter Führung von Karl Arnold, dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, bei. Diese Kreatur der USA-Monopole bemüht sich jetzt um die Schaffung eines gigantischen Kombinats, das das Ruhrgebiet mit der Schwerindustrie Frankreichs und Belgiens vereinigen soll. Er tritt somit als Fortsetzer der imperialistischen Unternehmungen auf, mit denen sich früher Hugo Stinnes, Alfred Hugenberg und Arnold Rechberg befaßten. Ein anderer Abgesandter der deutschen Imperialistenkreise, Regierender Bürgermeister Max Brauer, Hamburg, erklärte nach seiner Heimkehr voll Genugtuung, er sei auf der Brüsseler Tagung zu der Überzeugung gelangt, daß das Mißtrauen gegen Deutschland sich schon in hohem Grade verflüchtigt habe.

Brauer hat jedoch nur in bezug auf Churchill und seine Handlanger recht, die offen auf die

Karte einer Wiedergeburt des deutschen imperialistischen Raubtiers setzen, um es als Handhabe zur Ausführung ihrer aggressiven, der Sache des Friedens und der Völkersicherheit feindlichen Absichten auszunutzen. Ganz anders verhalten sich die Volksmassen Europas zu diesen abenteuerlichen Plänen. Das gab die Einwohnerschaft der belgischen Hauptstadt den Initiatoren des Brüsseler Schauspiels unzweideutig zu verstehen; sie fand Mittel und Wege, Churchill und seinen Freunden öffentlich ihre Entrüstung und Empörung vor Augen zu führen.

VII

Die Umtriebe der selbsternannten „Vereiniger Europas" haben also nichts mit den Interessen der Völker gemein, in deren Namen sie auftreten. Sie sind nichts anderes als Machenschaften der Imperialisten und ihrer Handlanger, die nur in ihren egoistischen, volksfeindlichen, dem Fortschritt, der Demokratie und dem Frieden widersprechenden engen Klasseninteressen handeln. Die Imperialisten können die Augen nicht davor verschließen, daß der schwächste Punkt in allen ihren Vereinigungsplänen für Europa das völlige Fehlen eines Kontakts mit den Volksmassen, ja sogar das zweifellos feindselige Verhalten der Völker Westeuropas zu diesen Abenteurerplänen ist.

Auf ihrer Suche nach einer Basis in den Massen wenden sich die Imperialisten wie immer vor allem an die Rechtssozialisten. Diese unterstützen den Marshallplan und die Westliche Union, den Nordatlantikpakt und den europäischen Rat ohne jeden Rückhalt. Sie waren auf der Brüsseler Tagung der „Europa-Bewegung" zahlreich vertreten. Der ehemalige französische Minister André Philip, ein Sozialist, beklagte sich in seiner Rede auf der Tagung bitter darüber, daß es bisher nur gelungen sei, ausgewählte Vertreter der Intelligenz, sogenannte Denkerkader, zu vereinen.

Mit mehr Berechtigung hätte dieser Pseudosozialist von den Vertretern des Geldsacks, von den Kadern des Dollars und des Pfund Sterlings reden können. Er fuhr fort, man müsse sich nun den Volksmassen zuwenden, da ihre Unterstützung unerläßlich sei, und betonte nochmals, er sei der Ansicht, augenblicklich sei der engste Kontakt mit den Volksmassen ausschlaggebend.

Aber wie soll man diesen erwünschten Kontakt herstellen, wie die Unterstützung der Volksmassen erzielen? Hier zeigt sich die schwächste Stelle der paneuropäischen Unternehmungen. Das einzige, was sich Churchill und seine Freunde auszudenken vermochten, war, daß der französische Rechtssozialist Léon Jouhaux, der Leiter der spalterischen Gewerkschaftsgruppe „Force ouvriére", zum Vorsitzenden des Internationalen Rats der sogenannten „Europa-Bewegung" gewählt wurde. Dieser alte, durchtriebene Reformist beeilte sich, nach seiner Wahl folgendes zu erklären:

> „Ein geeintes Europa kann nicht entstehen, wenn die Arbeitermassen sich nicht daran beteiligen."

Mit andern Worten, er wollte seinen Herren versichern, daß er imstande sei, die Arbeiterklasse der westeuropäischen Länder in den Pferch zu treiben, den die Imperialisten vom Schlage Churchills für sie vorbereitet haben. Solche Ruhmredigkeit Jouhaux' wirkt zumindest lächerlich. Dieser Bankrotteur des Reformismus vertritt niemand außer einem Häuflein ebensolcher Renegaten, wie er es ist.

Das Lager der „europäischen Kooperation" bietet das abstoßende Bild einer unaufhörlichen Katzbalgerei zwischen den Ausbeutercliquen verschiedener Länder, die von inneren und äußeren Gegensätzen zerrissen sind. Diese Cliquen sind offenkundig zu keinerlei konstruktivem Schaffen imstande. Angst, Gier und Abenteurertum begleiten alles, was sie unternehmen. Der wüste sowjetfeindliche Hexensabbat, der sich mit jeder Aktion der „Vereiniger Europas" paart, enthüllt vor den Völkern ihre auf Sand gebauten Pläne nur noch mehr.

Die wahren Auftraggeber der in Brüssel zusammengekommenen „Vereiniger Europas" waren dort von Harriman vertreten. Er selbst machte im Sitzungssaal den Mund nicht auf, aber es war klar, daß er die Fäden in der Hand hielt und durch Ziehen an dem einen oder andern jeweils eine der europäischen Marionetten tanzen ließ. Es ist ja für niemand ein Geheimnis, daß der USA-Imperialismus der wahre Initiator der heutigen Pläne der „Vereiniger Europas" ist.

Der USA-Imperialismus inspiriert und organisiert die giftige kosmopolitische Propaganda, die berufen ist, die Völker Europas ideologisch zu entwaffnen. Diesem Ziel dienen die lügnerischen Behauptungen, die nationale Souveränität sei ein veralteter Begriff, die Zeit souveräner Staaten sei vorbei und das „amerikanische Jahrhundert" sei angebrochen. Der Dollarimperialismus verbirgt seinen Raubtierappetit gern hinter kosmopolitischem Geschwätz von einer „Weltregierung", mit der er in Wirklichkeit eine Weltherrschaft des englisch-amerikanischen Blocks meint. Die neuen Retter Europas aber stehen vor der ganzen Welt als Söldlinge des USA-Aggressors, als Agenten der Überseemonopole da, die diesen helfen, ihre in höchstem Grade verbrecherischen Absichten zu verwirklichen. Dem steht jedoch der Wille der Volksmassen der Länder im Wege, die einen entschiedenen Kampf für den Frieden führen.

Als ernste Warnung für die USA-Imperialisten und ihre europäischen Lakaien erklangen die Erklärungen, mit denen die Führer der kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und anderer kapitalistischer Länder hervortraten. Sie entlarvten die Kriegsbrandstifter, riefen zum Zusammenschluß aller zur Verteidigung des Friedens bereiten Kräfte auf und erklärten, falls die Imperialisten ihre Staaten dennoch in das verbrecherische Abenteuer eines Kriegs gegen die Sowjetunion stürzen sollten, würden die Völker die Sowjetarmee als Befreierin empfangen, wenn sie bei der Verfolgung des Aggressors ihr Territorium betritt. Diese Erklärungen, die im reaktionären Lager Wut ausgelöst haben, waren ein gewaltiger Beitrag zum Kampfe für den Frieden, gegen die unmenschlichen Pläne eines neuen Krieges, die unter dem Deckmantel einer „europäischen Einheit" ausgeheckt werden.

Die machtvolle Bewegung zur Verteidigung des Friedens, die immer weitere Bevölkerungsschichten der westeuropäischen Länder erfaßt, richtet sich gegen die bankrotten Machthaber, die ihre Mißerfolge durch das marktschreierische Gerede von einer „Vereinigung Europas" zu übertönen trachten, gegen ihre Kapitulantenpolitik im Hinblick auf den Dollarimperialismus, gegen die Beteiligung an militärischen und politischen Abenteuern vom Schlage der Westlichen Union und des Nordatlantikpakts mit seinem Anhängsel, dem europäischen Rat.

Wer die Repatriierung der versetzten Personen vereitelt und zu welchem Zweck

P. TROFIMOW

AM 24. FEBRUAR richtete das Außenministerium der Sowjetunion an die Regierungen der USA und Englands Noten, in denen es sie darauf hinwies, daß in der Angelegenheit der Repatriierung von Sowjetbürgern aus den amerikanischen und englischen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs ein unhaltbarer Zustand eingerissen sei. Infolge der zahlreichen Schwierigkeiten, die die amerikanischen und britischen Militärbehörden der Arbeit der Sowjetvertreter für Repatriierungsfragen in den Weg legen, befinden sich allein in diesen Zonen bis auf den heutigen Tag noch rund 250 000 erwachsene Sowjetbürger sowie eine große Anzahl von Kindern, die zu repatriieren wären.

In den Sowjetnoten wird hervorgehoben, daß das Vorgehen der amerikanischen und englischen Behörden in Deutschland und Österreich einen Verstoß gegen die sowjetisch-amerikanischen und englisch-sowjetischen Vereinbarungen über die Repatriierung darstellt und den koordinierten Beschlüssen des Außenministerrats vom 23. April 1947 bezüglich der versetzten Personen zuwiderläuft. Die Versuche, die auf ihre Repatriierung wartenden Sowjetbürger bei sich festzuhalten, stehen auch im Widerspruch zu der Resolution der UNO-Vollversammlung vom 17. November 1947. Bekanntlich wird in dieser Resolution gesagt, daß die Vollversammlung

> „nochmals . ihren Standpunkt bestätigt, wonach die Hauptaufgabe hinsichtlich der versetzten Personen darin besteht, auf jede erdenkliche Weise deren rascheste Rückkehr in ihre Herkunftsländer zu fördern..."

Schon während des Krieges, im Februar 1945, wurde auf der Krimkonferenz der Regierungshäupter der drei Großmächte — der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens — die Rückführung von Kriegsgefangenen und Zivilpersonen erörtert, die von den Truppen der alliierten Staaten aus hitlerfaschistischer Gefangenschaft befreit werden. Schon damals unterzeichneten die Sowjetunion, die USA, England und Frankreich Vereinbarungen über die gegenseitige Repatriierung befreiter Staatsbürger ihrer Länder.

Die Sowjetregierung ist den übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft nachgekommen. Bis Ende 1946 hatte sie mehr als eine Million Staatsbürger der alliierten Länder in ihre Heimat zurückgeschickt, darunter 315 000 französische, 24 544 britische, 22 479 amerikanische Staatsbürger u. a. Auf dem Territorium der Sowjetunion und in den sowjetischen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs befindet sich kein einziger

Amerikaner, Engländer oder Franzose mehr, der zu repatriieren wäre.

Die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs wollten sich jedoch nicht an ihre Verpflichtungen hinsichtlich der Repatriierung halten. Sie haben in den westlichen Zonen Deutschlands und Österreichs Hunderttausende von Sowjetbürgern und Bürgern der volksdemokratischen Länder festgehalten und dadurch künstlich das sogenannte Problem der versetzten Personen geschaffen.

Das bittere Los der Flüchtlinge und versetzten Personen, die in der Fremde in eine schwere, rechtlose Lage geraten sind, hat nicht nur bei den Regierungen und Völkern ihrer Länder, sondern auch bei der demokratischen Öffentlichkeit der ganzen übrigen Welt begreifliche Besorgnis erregt. Im Februar 1946 faßte die Vollversammlung der UNO eine spezielle Resolution, in der darauf hingewiesen wird, daß das Problem der Flüchtlinge und versetzten Personen unverzüglich und tatkräftig zu lösen sei. Im selben Jahr wurde auf der Neuyorker Tagung der Vollversammlung die Internationale Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten geschaffen. Struktur und Statut dieser Organisation, die ihr vom englisch-amerikanischen Block aufgezwungen wurden, haben sich jedoch eindeutig als unbefriedigend erwiesen, da sie die Lösung ihrer Hauptaufgabe nicht gewährleisteten.

Die regierenden Kreise der USA und Englands waren keineswegs daran interessiert, daß sich die Internationale Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten mit der Repatriierung der Flüchtlinge und versetzten Personen, d. h. mit ihrer Rückführung in die Heimat befasse. Sie wollten, diese Organisation solle Kriegsverbrecher unter ihre Obhut nehmen und die gesamte Masse der versetzten Personen „kurzhalten". Selbstverständlich konnten die Sowjetunion und die demokratischen Länder Osteuropas sich nicht an einer solchen Organisation beteiligen und sie nicht unterstützen.

Besonders gröblich verletzen die Regierungen der USA und Englands die Vereinbarungen von Jalta und die Beschlüsse der Moskauer Außenministerberatung vom 23. April 1947 zu Repatrierungsfragen. Die Internationale Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten verhindert die Heimkehr von Sowjetbürgern, die in Hitlersklaverei geraten waren, sie ist bemüht, sie noch weiter fort in die Fremde zu versprengen und sie zu verzweifelten, zu allem bereiten heimatlosen Landstreichern zu machen. Wer darauf besteht, in die Sowjetunion zurückzukehren, und sich weigert, in ein kapitalistisches Land zu fahren, der ist Repressalien und Verfolgungen ausgesetzt.

Die vor kurzem aus dem Lager Treffling (englische Besatzungszone Österreichs) heimgekehrten Sowjetbürger M. Mikulez, B. Wiganjak und M. Senitschik haben berichtet, daß die englischen Besatzungsbehörden und Beamte der Internationalen Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten in letzter Zeit häufig Untersuchungen in den Lagern anstellen. Wer in dem Verdacht steht, die Heimkehr anzustreben, wird von ihnen aus dem Lager vertrieben oder in ein anderes, noch schlechteres versetzt. Aus diesem Grunde wurden aus dem Lager St. Martin mehr als 300 Sowjetbürger in das weit abseits von allen größeren Ortschaften gelegene Lager Treffling überführt.

Englisch-amerikanische Vertreter und ihre Agenten agitieren unter den versetzten Personen für die Übersiedlung in andere Länder. Unter frecher Vorspiegelung falscher Tatsachen versprechen sie den Leuten gute Lebensbedingungen am neuen Wohnort und malen in ihrer Presse das dortige „paradiesische" Dasein in allen Regenbogenfarben aus. Unter den versetzten Personen gibt es aber nur wenige, die diesen niederträchtigen Lügenmärchen Glauben schenken. Leute, die nach England, Kanada, Belgien, den USA und anderen Ländern geschafft wurden, verfluchen in ihren Briefen an Verwandte und Bekannte diejenigen, die sie auf betrügerische Weise in die Ferne verschleppt haben. Sie schreiben über ihre schweren Lebens- und Arbeitsbedingungen.

In der Presse wurde bereits berichtet, daß 3500 versetzte Personen, die in die Kohlengruben Belgiens geschickt worden waren, geflohen sind. Versetzte Personen fliehen nicht nur aus Belgien, sondern auch aus England, Kanada und anderen Ländern. Und alle diese erzählen von den dortigen unerträglichen Lebensbedingungen und der wahren Zuchthäuslerarbeit. So berichtet Karolis Steeris, der Ende 1948 nach Sowjetlitauen zurückkehrte, von dem Leben der Ausländer in England:

„Rauh und unfreundlich empfing uns England. In dem einen Jahr, das wir in diesem Lande zubrachten, wohnten wir in vielen Lagern (Wixley, Marham, Harborough u. a.), und in allen führten die Ausländer ein schweres und freudloses Leben. Sie wohnen in Wellblechbaracken, die wie große Kanister aussehen. Im Sommer herrscht darin eine unerträgliche Schwüle, tagsüber erhitzt sich das Blech derart und die Luft wird so stickig, daß man nicht atmen kann, und deshalb schlafen die meisten Lagerinsassen unter freiem Himmel. Im Winter dagegen ist es in den Baracken eisig kalt, wodurch die Bewohner sich erkälten und an Tuberkulose oder Rheumatismus erkranken.

Hier haben die Ausländer genau wie in Deutschland keinerlei Rechte. Statt des Vor- und Zunamens hat jeder Lagerbewohner nur eine Nummer, mit der er zur Arbeit aufgerufen wird. Gewöhnlich werden die Ausländer als letzte zur Arbeit eingestellt, dazu noch

zu so schwerer Arbeit, die nicht einmal erwerbslose Engländer annehmen wollen."

Von ebenso schweren Lebens- und Arbeitsbedingungen erzählen die Sowjetbürger, die aus Belgien heimgekehrt sind. In England und Belgien, in den USA, Kanada, Frankreich und anderen Ländern werden die versetzten Personen zur schwersten und schmutzigsten Arbeit geschickt. Viele von ihnen wollen nach Hause fahren, aber man läßt nicht zu, daß sie diesen berechtigten Wunsch in die Tat umsetzen.

Die Internationale Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten leistet der verleumderischen Antisowjetpropaganda, die von den verschiedenen profaschistischen „ukrainischen Komitees", „Baltikumkomitees" und ähnlichen Söldnerbanden des englisch-amerikanischen Spionagedienstes unter den versetzten Personen durchgeführt wird, auf jede Weise Vorschub. Diese Komitees und Zentralen geben Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren heraus, in denen wütende Verleumdungen gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie verbreitet werden. In diesen Schmutzblättchen werden die versetzten Personen mit hirnverbrannten Erfindungen von „Strafen" und „Verfolgungen" geschreckt, die sie angeblich nach ihrer Heimkehr erwarten. Gern und schnell erteilen die Besatzungsbehörden Lizenzen für die Herausgabe derartiger Zeitungen und Zeitschriften, und die Internationale Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten liefert ihnen Papier, Lettern und Druckerschwärze.

Unter den Fittichen dieser Organisation haben viele Kriegsverbrecher, SS-Leute und Vaterlandsverräter, die der Strafe zu entgehen suchen, in den Lagern für versetzte Personen Unterschlupf gefunden. Diese Verbrecher stehen in der Regel der Lagerverwaltung, der Lagerpolizei und verschiedenen reaktionären Organisationen vor.

Zugleich schränken die amerikanischen und englischen Behörden in Deutschland und Österreich die Tätigkeit der Sowjetmissionen für Repatriierungsfragen nach Möglichkeit ein, sie geben Sowjetvertretern keine Gelegenheit, mit ihren Landsleuten zusammenzutreffen und unter ihnen Sowjetliteratur und Sowjetzeitungen zu verbreiten; sie verbieten in Lagern für versetzte Personen aus der Sowjetunion die Vorführung von Sowjetfilmen.

In den Noten des Außenministeriums der Sowjetunion vom 24. Februar werden konkrete Angaben über solche ungesetzlichen Maßnahmen gemacht. Am 2. September v. J. erklärte Campbell, der Vertreter der Militärbehörden in Stuttgart (amerikanische Zone), einem Sowjetoffizier, er habe Anweisung, Unterredungen von sowjetischen Repatriierungsoffizieren mit versetzten Personen aus der Sowjetunion nicht zuzulassen. Im Mai v. J. verboten die amerikanischen Behörden in Deutschland durch eine Verfügung von General Huebner die Einfuhr, den Vertrieb und die Verbreitung von Sowjetzeitungen und -literatur unter den versetzten Personen aus der Sowjetunion. Eine große Anzahl solcher empörender Tatsachen sind auch in bezug auf die englischen Besatzungsbehörden erwähnt. Es kam wiederholt so weit, daß englisch-amerikanische Beamte Provokationen verübten, die speziell für den Augenblick vorbereitet waren, wo sowjetische Repatriierungsoffiziere in den Lagern eintrafen.

Diese ganze feindselige Politik erreichte ihren Höhepunkt in dem schändlichen Beschluß des amerikanischen Oberkommandos, die sowjetische Repatriierungsmission aus ihrer Besatzungszone in Deutschland zu entfernen, obwohl in den Lagern dieser Zone noch mehr als 116 000 Sowjetbürger festgehalten werden. Die amerikanischen Behörden verlangten in gröbster Form, die Mission solle die Zone bis zum 1. März verlassen. Als die Mitglieder der Mission es ablehnten, dieser Aufforderung nachzukommen, die in schreiendem Widerspruch zu dem Repatriierungsabkommen steht, veranstalteten die amerikanischen Behörden eine Polizeiblockade gegen das von der Mission bewohnte Gebäude. Sie schnitten ihm die Telephonverbindung ab, ließen es ohne elektrische Beleuchtung, entzogen der Mission die Lebensmittel und sogar das Wasser. Unter diesen Umständen gab Marschall Sokolowski am 3. März der Sowjetmission Anweisung, die amerikanische Besatzungszone in Deutschland zu verlassen. Die „Belagerung" der Sowjetmission durch Polizeirowdys des General Clay ist für die amerikanische Politik in Deutschland zweifellos ein Schandfleck.

* * *

Die Tätigkeit der Internationalen Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten, die gänzlich unter der Kontrolle der USA steht, ist nichts als ruchlose Geschäftemacherei der amerikanischen Kolonisatoren. Seit Kriegsende sind beinahe vier Jahre vergangen, aber noch immer sind mehr als 700 000 versetzte Personen nicht in ihre Heimat zurückgeschickt worden. Die meisten von ihnen irren entrechtet, zerlumpt und hungrig durch die westlichen Zonen Deutschlands und Österreichs oder leben in denselben Lagern, in denen ausländische Sklaven des Hitlerregimes zugrunde gegangen sind.

In den westlichen Zonen Deutschlands gibt es viele Hunderte solcher Lager. Es ist den Bemühungen der Lenker der Internationalen Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten zuzuschreiben, daß diese Lager zu internationalen Sklaven-

märkten, zu einem Reservoir billiger Arbeitskräfte für die Monopolkonzerne der USA, Australiens und Westeuropas geworden sind. Die Internationale Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten schließt mit kapitalistischen Staaten Verträge und Abkommen über die Lieferung von Arbeitskräften, sie befaßt sich mit ihrer Auswahl und Zustellung. Im Laufe des Jahres 1947 wurden derartige Abkommen geschlossen mit England, Frankreich, Belgien, Kanada, Australien, Brasilien, Argentinien, Chile, Peru, Venezuela, Kolumbien, Ekuador und anderen Ländern. Einem offiziellen Bericht zufolge, den der oberste Stab dieser Organisation in Genf Mitte vorigen Jahres veröffentlicht hat, wurden von Juli 1947 bis Juli 1948 mit Hilfe der Organisation mehr als 200 000 versetzte Personen aus den Westzonen Deutschlands und Österreichs in die aufgezählten Länder geschafft.

Mit diesem Sklavenhandel befaßt sich ein weitverzweigter Apparat sowohl in den Westzonen Deutschlands und Österreichs als auch in den Ländern, wohin die versetzten Personen transportiert werden. Allein in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands zählt der Apparat der Internationalen Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten 60 000 Angestellte, die jährlich 158 Millionen Mark kosten. Zur Deckung dieser Unkosten wurde im August v. J. in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands eine Steuer für versetzte Personen eingeführt. Auf Befehl des obersten Stabes haben alle versetzten Personen, die in deutschen Betrieben arbeiten oder zum Bedienungspersonal der amerikanischen Armee gehören, von ihrem Lohn 70 Mark monatlich an die Kasse der Internationalen Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten abzuführen. Personen, die keine ständige Arbeit haben, müssen nach Anweisung der Internationalen Organisation oder der Lagerverwaltung 100 Stunden monatlich abarbeiten. In demselben Befehl heißt es, Personen, die sich weigern, dem Befehl nachzukommen, würden sofort aus den Lagern entfernt werden, oder man würde ihnen die Lebensmittelmarken entziehen. Die Drohung mit dem Hungertod dient den Beamten der Internationalen Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten und den Vertretern der Monopolfirmen als Mittel, um die versetzten Personen zu zwingen, Knechtschaftsverträge zu unterzeichnen und in andere Länder zu fahren, wo sie arbeiten und sich ansiedeln sollen.

Verantwortliche Beamte der Internationalen Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten bereisen gemeinsam mit zahlreichen Abgesandten verschiedener kapitalistischer Gesellschaften die Lager, besichtigen und sortieren die Insassen wie Arbeitsvieh, betasten ihre Muskeln, messen die Stärke ihrer Arme, prüfen ihr Gebiß und ihre Sehkraft. „Angeworben" werden nur starke, physisch gesunde, widerstandsfähige Menschen im Alter bis zu 35 Jahren. Familien werden zerstört, man nimmt ihnen die Väter und die erwachsenen Söhne und überläßt Greise, Kriegsinvaliden, Frauen und Kinder ihrem Schicksal. Es wiederholen sich hier buchstäblich Szenen des schändlichen Menschenhandels der Sklavenmärkte des alten Orients! Eine amerikanische Zeitschrift, „Reader's Digest", schrieb im Oktober v. J.:

> „Über den Lagern der D-Ps (Displaced Persons — versetzte Personen) in Europa hängt eine Atmosphäre ... ausgeklügelter Sklavenarbeit. Regierungen können ... einen ‚Katalog' der D-Ps durchblättern wie Farmer den Jahreskatalog von Sears Roebuck" (ein großes Warenhaus in den USA). „Ihre Vertreter durchstöbern die Lager wie Ausverkaufsabteilungen eines Warenhauses, in dem die Preisschilder mit den Ausverkaufspreisen auch Rasse, Wuchs, Alter, Familienverhältnisse, Beruf und Zustand der Muskulatur ausweisen."

Der Zynismus der Käufer auf diesen Sklavenmärkten des 20. Jahrhunderts wurde sogar von dem Generaldirektor der Organisation, dem amerikanischen Unternehmer William Tuck, zugegeben, der am 4. Mai v. J. auf einer Tagung der Organisation in Genf das Wort ergriff. Er sagte, in den bestehenden Programmen für die Anwerbung von Arbeitern unter den versetzten Personen würden diese nur als Ware angesehen. Es würden nur die kräftigen, arbeitsfähigen Mitglieder der Flüchtlingsfamilien angeworben, während man die übrigen Familienmitglieder, die auf sie angewiesen sind, in den Lagern für versetzte Personen warten lasse. Die werbenden Länder ließen diese arbeitsunfähigen Familienmitglieder der geworbenen Arbeiter nicht nachkommen und stellten ihnen keine Wohnung zur Verfügung, was doch eine Wiedervereinigung der Familie ermöglichen würde.

Ein englischer Kapitän, der einen Transport von versetzten Personen aus Kuxhaven nach Kanada abfertigte, äußerte, natürlich nähmen alle Länder nur Junge und Gesunde, die Kranken, Alten und Kinder ließen sie in den Lagern zurück. Wenn das so weitergehe, würden in den Lagern bald nur noch Kranke, Greise und Kinder übrig sein. Er fragt, was mit ihnen geschehen solle, was man mit ihnen anfangen wolle. Weiter meint er, manche schlügen vor, für Länder, die gesunde Arbeitskräfte einführten, eine zehnprozentige Pflichtzugabe von Greisen, Kriegsinvaliden und Kindern festzusetzen.

Ist das nicht der Gipfel der Verhöhnung des Menschen durch die zivilisierten Sklavenhändler der „westlichen Demokratie"?!

Die Internationale Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten, die die Pläne ihrer imperialistischen Auftraggeber ausführt, baut das Programm für den Sklavenhandel weiter aus.

William Tuck sagte, man plane eine Verstärkung des Beamtenetats der Umsiedlerkörperschaften an beiden Enden der Linie: in den Zonen zwecks Erleichterung der Arbeit der Auswahlmissionen, und in den Ländern zu dem Zweck, um eine festere Verwurzelung der versetzten Personen nach ihrer Ankunft zu bewirken. Man werde die Bemühungen zur Auffindung solcher Schiffe für den Immigrantentransport fortsetzen, die den Transport für die verfügbaren Devisen übernehmen würden. In letzter Zeit sei die Flotte der Organisation von 7 auf 13 Schiffe gewachsen, und augenblicklich würden Verhandlungen über weitere 12 Schiffe geführt.

Im Juni v. J. unterzeichnete Präsident Truman ein Gesetz über die Ausfuhr von 205 000 versetzten Personen aus Europa nach den USA, und zwar im Laufe von zwei Jahren. England projektiert die Einfuhr von 150 000 versetzten Personen aus Deutschland und Österreich, Kanada von 100 000, Australien von 200 000. Frankreich, Belgien, Argentinien, Brasilien und viele andere Länder haben es auch darauf abgesehen, aus dem „Reservoir menschlicher Kräfte", wie die Lager für versetzte Personen von amerikanischen Volkswirtschaftlern genannt werden, zu schöpfen.

Die Besatzungsbehörden der westlichen Zonen Deutschlands und Österreichs kommen den eintreffenden „Werbekommissionen", die sich versetzte Personen aussuchen wollen, in jeder Hinsicht entgegen. Beim Stab der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland sind mehr als 200 Vertreter verschiedener Länder akkreditiert, die sich mit der Auswahl und Ausfuhr versetzter Personen beschäftigen. Alle möglichen Kommissionen, Agenten und Bevollmächtigte von Monopolen führen die „Werbung" versetzter Personen und ihre Verfrachtung in andere Länder fort. So wurden im November v. J. 6681 Personen ausgeführt, im Dezember 5056 und im Januar d. J. 6819, davon in die USA 1441.

Die Tatsachen zeigen also, daß die imperialistischen Politiker, wenn sie Sowjetbürger von der Heimkehr zurückhalten, nicht nur von sowjetfeindlichen Berechnungen und Kombinationen ausgehen, sondern gleichzeitig bestrebt sind, Hunderttausende von Menschen als billige Arbeitskräfte auszunutzen, sie zu Sklaven im wahrsten Sinne dieses Wortes zu machen. Die Organe des amerikanischen Nachrichtendienstes geben sich Mühe, diese gewaltsam von ihrer Heimat losgerissenen Menschen nach entsprechender „Bearbeitung", nach Erpressung und Einschüchterung für Spionage- und Schädlingsarbeit gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie anzuwerben.

Internationale Umschau

(Notizen)

DAS FINALE EINER PROVOKATION

Am 4. und 7. März erörterte der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO den sowjetischen Resolutionsentwurf zur Frage der sogenannten Zwangsarbeit. Das Wesen dieses Dokuments ist den Lesern unserer Zeitschrift bereits bekannt (siehe die vorige Nummer der „Neuen Zeit"). Die Sowjetdelegation hatte beantragt, eine große internationale Kommission aus Vertretern der Landesgewerkschaftsbünde und der internationalen Gewerkschaftsvereinigungen zu bilden und sie zu beauftragen, die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern, auch in der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie, zu untersuchen und klarzustellen.

Es gibt kein einziges vernünftiges Argument, das gegen diesen Antrag vorgebracht werden könnte. Wären die Vertreter Englands und der USA im Wirtschafts- und Sozialrat wirklich Vorkämpfer der „Freiheit der Arbeit", als die sie sich aufspielen, so hätten sie sich zweifellos mit diesem Antrag einverstanden erklärt. Aber die Delegierten des britisch-amerikanischen Blocks zogen gegen den sowjetischen Resolutionsentwurf zu Felde. Sie fürchteten sogar die Fortsetzung der Diskussion über dies Thema, da im Laufe der Diskussion immer neue beschämende Beweise für die Ausbeutung der Arbeit in den kapitalistischen Ländern und ihren Kolonien zutage getreten waren. Es war völlig unverkennbar, daß die Vertreter der kapitalistischen Länder eine wirklich

objektive Klarstellung der Arbeitsbedingungen auf keinen Fall zulassen wollten, da es für sie in höchstem Grade unvorteilhaft wäre, wenn die Ergebnisse einer solchen Untersuchung der Öffentlichkeit bekannt würden.

Um aus der schwierigen Lage herauszukommen, in die sie dadurch geraten waren, daß sie unvorsichtigerweise die Frage der „Zwangsarbeit" anschnitten, setzten die Vertreter des britisch-amerikanischen Blocks ihre Abstimmungsmaschine in Gang, lehnten den sowjetischen Resolutionsentwurf ab und nahmen ein konfuses amerikanisches Projekt an, das dem Internationalen Arbeitsamt vorschlägt, „die Untersuchung des Problems fortzusetzen". Mit einer solchen für die Monopole ungefährlichen „Untersuchung" befaßt sich das IAA schon seit etwa 30 Jahren.

Das ist das klägliche Finale der neuesten sowjetfeindlichen Provokation, die von den Führern der Amerikanischen Arbeitsföderation auf den Brettern der Vereinten Nationen gespielt wurde. Die Vertreter der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie ließen in ihren Reden von den ganzen Versuchen des Staatsdepartements und seiner Agenten, die Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion zu verleumden, keinen Stein auf dem andern. Die hereingefallenen Ankläger gerieten schließlich selbst auf die Anklagebank. Eben deshalb hatten sie es so eilig, die Frage der „Zwangsarbeit", die zu einem Anklageakt gegen den Kapitalismus zu werden drohte, nur mehr in gebremster Fahrt erörtern zu lassen.

Die Diskussion im Wirtschafts- und Sozialrat hat noch einmal gezeigt, daß die britisch-amerikanischen Monopole Angst haben vor einer unvoreingenommenen Klarstellung der Frage nach den Arbeitsbedingungen unter dem kapitalistischen System. Sie fürchten jedes öffentliche Eingreifen in das Gebiet der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital, das in der kapitalistischen Welt von einem „eisernen Vorhang" gefälschter Statistiken und zusammengeschobener Angaben umgeben ist.

Aber dieser Vorhang erscheint nur den Vertretern der Monopole selbst als undurchdringlich. Die Wahrheit über die Rechtlosigkeit und die ungeheuerliche Ausbeutung der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern läßt sich hinter einem solchen Vorhang nicht verbergen. Er kann nicht verhindern, daß die Wahrheit verbreitet wird über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen in der Sowjetunion, wo es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt und wo die Arbeit zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit zu einer wirklich freien Arbeit geworden ist.

DIE ITALIENISCHE REGIERUNG FÜHRT AMERIKANISCHE BEFEHLE AUS

Man weiß, daß die Regierungsparteien Italiens versucht haben, den Abschluß des italienisch-sowjetischen Handelsabkommens zu einer Rechtfertigung ihrer Politik, einer Politik der Marshallisierung des Landes, und sogar als eine Reklame für den Marshallplan auszunutzen. So z. B. versicherte der „linksstehende" christliche Demokrat Gronchi unter Berufung auf das italienisch-sowjetische Handelsabkommen, der Marshallplan bereite dem Warenaustausch zwischen Westen und Osten nicht nur keine Hindernisse, sondern erkenne ihn als „eine Notwendigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung Europas" an.

Aber Tatsachen sind hartnäckige Dinge. So hat sich vor kurzem herausgestellt, daß die von einer halbstaatlichen Körperschaft, dem Institut für industrielle Rekonstruktion (Instituto riconstruzione italiana — IRI), kontrollierten Ansaldo-Werke es abgelehnt haben, mehrere hundert Löffelbagger in Auftrag zu nehmen, die die Sowjetunion im Einklang mit den Bestimmungen des italienisch-sowjetischen Abkommens hatte bestellen wollen. Die Behörden zwangen die Firma auch, die Abwicklung der Verträge mit den Ländern der Volksdemokratie über die Lieferung von Bohrmaschinen für Erdölfelder zu verweigern. In den Lagern der Ansaldo-Werke häuften sich hunderte Traktoren an, aber als Polen, Rumänien und andere Länder Osteuropas sie zu Bedingungen kaufen wollten, die für die Firma von Vorteil waren, wurden sie abschlägig beschieden.

Die Ursache hierfür liegt einzig und allein darin, daß die Ausfuhr von Maschinenausrüstungen nach den Ländern Osteuropas gemäß den Bedingungen des Marshallplans verboten ist. Aus den gleichen Gründen mußten die Ansaldo-Werke wegen Mangels an Käufern die Herstellung von Schnellmotoren für Fabrikmechanismen, die auf den Märkten Osteuropas Absatz finden könnten, einschränken. Dabei befinden sich die Ansaldo-Werke und der gesamte Komplex der vom IRI kontrollierten Maschinenfabriken in einer schweren finanziellen Lage. Den Direktiven der amerikanischen Marshallplanadministration folgend, schritten sie zur Massenentlassung von Arbeitern und Angestellten.

Die einflußreichen christlich-demokratischen und faschistischen Kreisen nahestehende Wirtschaftszeitung „Il Globo" versucht, angebliche „Schwierigkeiten in der Frage von Rohstoffgegenlieferungen" für das Scheitern der Verhandlungen über die Lieferung von Baggern an die Sowjetunion verantwortlich zu machen. In Wirklichkeit

liegen die „Schwierigkeiten" auf einem ganz anderen Gebiet: in der bewußten Absicht der Machthaber Italiens, das italienisch-sowjetische Abkommen zu Nutz und Frommen ihrer amerikanischen Gebieter zu sabotieren. Eine dokumentarische Bestätigung dieser Absicht bietet ein Rundschreiben des italienischen Industrie- und Handelsministers Ivan Matteo Lombardo, das im Januar an die Beamten des Ministeriums versandt wurde. Dieser Saragatanhänger, der einer der amerikanischen Handlungsgehilfen im Kabinett de Gasperi ist, ordnet an, Angelegenheiten, die mit dem kürzlich geschlossenen italienisch-sowjetischen Abkommen zusammenhängen, nicht „übereilt" zu bearbeiten.

Dieses Dokument beweist ebenso wie die oben angeführten Tatsachen die wahren Absichten der Machthaber Italiens, die den wirtschaftlichen Interessen des Landes zum Nutzen der amerikanischen Monopole Abbruch tun.

EIN NEUES FIASKO DES BRITISCHEN UND AMERIKANISCHEN NACHRICHTENDIENSTES

Am 5. März endete in der Hauptstadt der Bulgarischen Volksrepublik das Gerichtsverfahren gegen eine Gruppe von Führern der Vereinigten Evangelischen Kirchen, die der Spionage und staatsfeindlicher Wühlarbeit überführt wurden.

Unter dem Schutz geistlicher Würden und unter Ausnutzung der Privilegien, die die Verfassung der Republik der Geistlichkeit einräumt, hatten die Angeklagten für den britischen und amerikanischen Geheimdienst gearbeitet und für ihn vertrauliche Angaben militärischen, wirtschaftlichen und politischen Charakters gesammelt.

Ein großer Teil der Angeklagten stand schon lange vor Ausrufung der volksdemokratischen Ordnung in Bulgarien im Sold ausländischer Spionagedienste. Beispielsweise hat der Hauptangeklagte Wassil Sjabkoff seine Laufbahn als bezahlter Agent des USA-Nachrichtendienstes im Jahre 1932 begonnen; später war er auch von den Organen des britischen Intelligence Service angeworben worden. Der Angeklagte Georgi Wasseff diente während des zweiten Weltkrieges den deutschen Faschisten und war ein Mitarbeiter der Gestapo. Auch der Angeklagte Dimitr Matejeff hat im Dienst der Gestapo gestanden.

Die Berufsspione aus dem Obersten Rat der Vereinigten Evangelischen Kirchen setzten nach Errichtung des Volksstaats in Bulgarien ihre niederträchtige Spionagetätigkeit fort. Die Leiter des USA-Nachrichtendienstes, die ihre kirchlichen Agenten freigebig entlohnten, stellten ihnen die Aufgabe, Unzufriedenheit und Unruhen im Lande hervorzurufen und das Volksregime zu untergraben. Im Einklang mit diesen Direktiven verbreiteten die Agenten der Imperialisten Kriegsgerüchte, suchten die Bevölkerung mit der Atombombe einzuschüchtern und forderten zur Sabotage von Regierungsanordnungen auf.

Unter der Wucht der vorliegenden Beweisstücke und der Zeugenaussagen bekannten alle Angeklagten sich schuldig und sahen sich gezwungen, über ihre volksfeindliche Tätigkeit eingehend auszusagen.

Die von der britisch-amerikanischen Presse begonnene lärmreiche Kampagne zum Schutze der Verbrecher und die Versuche offizieller Vertreter Englands und der Vereinigten Staaten, ihren gescheiterten Agenten beizuspringen, haben die wahre Rolle der britischen und amerikanischen Politiker in dieser Sache nur noch mehr unterstrichen.

DIE INSTRUKTIVEN RATSCHLÄGE SIR HARTLEY SHAWCROSS'

Sir Hartley Shawcross — seines Zeichens Jurist, jetzt auch Parlamentsmitglied und Kronanwalt Englands — gilt als einer der erfahrensten Redner der Labourpartei. Shawcross beschränkt sich nicht auf die Tätigkeit des Staatsanwalts, sondern hält gern und oft politische Reden — sowohl in den Körperschaften der UNO, wo er die britische Regierung vertritt, als auch in allen möglichen Versammlungen im eigenen Lande. Mit großer Verve ficht er für die aggressive Außenpolitik und gegen eine Erhöhung der Löhne der englischen Arbeiter; für die Aufrechterhaltung der Herrschaft Englands über sein Kolonialreich und gegen die allgemeine Einschränkung der Rüstungen. Nun läßt Sir Hartley sich in keiner seiner Reden eine Gelegenheit entgehen, von den Vorzügen der bürgerlichen Demokratie überhaupt und ihrer labouristischen Spielart im besonderen ausführlich zu reden. Wenn Shawcross den Edelmut der labouristischen Politiker proklamiert, so erreicht er den Gipfel des Pathos.

Selbstverständlich besitzen nicht alle Kollegen Shawcross' aus der Labourpartei die Erfahrungen und Fähigkeiten Sir Hartleys. So teilte Shawcross am 6. März im Londoner Presseklub nach einem guten Souper seinen Kollegen von seinen persönlichen Erfahrungen mit und unterwies sie in den Grundregeln öffentlicher Reden eines Labourvertreters.

Er sagte:

„Das einzig Sichere für einen Politiker ist es heutzutage, nicht zu sagen, was er denkt, sondern zu denken, was er sagt. Will er Ärger vermeiden, so kommt es darauf an, möglichst viel zu reden und möglichst wenig zu sagen."

Der instruktive Ratschlag des vielerfahrenen Shawcross an seine Kollegen, der von der Reuteragentur unvorsichtig ausposaunt worden ist, verrät ganz und gar die Methoden der labouristischen Führer: sie haben die Verschweigung der Wahrheit und die Anhäufung von Lügen zur Grundlage der Politik gemacht — in der internationalen Arena ebensowohl wie innerhalb des Landes.

DAS SCHICKSAL DER HERERO S

„Dies ist die Erzählung von einer alten Ungerechtigkeit", so beginnt der englische Journalist David Raymond seinen Artikel über das Schicksal des afrikanischen Volks der Hereros, der in der britischen Wochenschrift „Reynolds News" veröffentlicht worden ist. David Raymond drückt sich mit außerordentlicher Delikatesse aus. In Wirklichkeit ist die Geschichte der Hereros eine Geschichte von Bestialitäten der imperialistischen Kolonisatoren Afrikas.

Vor dem ersten Weltkrieg waren die Gebiete der Hereros in Südwestafrika eine deutsche Kolonie. Die deutschen Kolonialgewalten führten mit berechneter Grausamkeit eine Politik der Verdrängung der Hereros von den fruchtbaren Ländereien und der Ausrottung dieses Volkes durch. Gab es 1884 noch 85 000 Hereros, so waren 1914 nur noch etwa 50 000 von ihnen übriggeblieben.

Im Jahre 1915 versprachen die englischen Gewalthaber, bestrebt, sich der deutschen Kolonien zu bemächtigen, den Hereros die Rückgabe ihres Landes, falls sie hülfen, die deutschen Truppen aus Südwestafrika zu vertreiben. Die Hereros halfen. Aber nach dem Kriege traten mit Englands Segen an die Stelle der deutschen Imperialisten die Kapitalisten der Südafrikanischen Union, der dieses Land als Mandat des Völkerbunds zur Verwaltung übertragen wurde. Die neuen Herren trieben die gleiche Politik wie ihre Vorgänger. In einer wasserarmen Halbwüste und in furchtbarem Elend, auf acht voneinander getrennte „Reservationen" verteilt, leben die Reste eines Volkes, dessen Name „Volk des Frohsinns" bedeutet.

Ein eingeborener Herero, der an seine Reservation gefesselt ist, besitzt keinerlei Existenzmittel und ist zu langsamem Verhungern verurteilt. Er versucht der Reservation zu entrinnen, um Arbeit zu finden, und nimmt, ob er will oder nicht, jede beliebige Arbeit an, auch zu den schlimmsten Bedingungen, die nichts anderes als Sklaverei bedeuten.

Die Hereros sterben aus — das Volk zählt gegenwärtig nur noch etwas über 30 000 Seelen.

Vertreter des Hererovolks haben die Organisation der Vereinten Nationen um Hilfe ersucht. Die britisch-amerikanische Mehrheit in der Vollversammlung sanktionierte jedoch, trotz der Proteste der Vertreter der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie, die faschistische Südwestafrikapolitik der Regierung der Südafrikanischen Union.

Vor kurzem protestierte eine Delegation von Vertretern der englischen Öffentlichkeit bei Minister Noel Baker dagegen, daß die britische Regierung die Ausrottung von Völkern (Genozid) in Südwestafrika begünstigt. Der labouristische Minister fand nichts Besseres als die wie Hohn klingende Antwort, diese Frage gehöre in den Kompetenzbereich der Regierung der Südafrikanischen Union.

Noel Baker verbreitet sich ebenso wie andere labouristische Minister häufig und gern darüber, wie die britische Krone für die Kolonialvölker sorgt, welche Wohltaten der Zivilisation die englische Herrschaft ihnen bringt. Das Schicksal der Hereros zeigt den wahren Wert dieser heuchlerischen Redeübungen.

QUISLINGE FÜR DEUTSCHLAND

Die Westmächte forcieren die Spaltung Deutschlands. Sie treiben die in Bonn tagenden reaktionären deutschen Politikaster dazu an, die Ausarbeitung einer Ersatzverfassung für den westdeutschen Marionettenstaat so rasch wie möglich zu beendigen. Die Fristen für die Proklamierung dieses „Staats" und die Schaffung einer „Regierung" sind bereits festgesetzt. Jetzt wählen die britisch-amerikanischen Behörden die Kandidaten für die Posten der künftigen „Präsidenten" und „Minister" aus.

Am 3. März veröffentlichte das offizielle Organ der amerikanischen Militärregierung, „die Neue Zeitung", Listen eventueller Kandidaten für die Rolle amerikanischer Marionetten in Bizonien.

Für den Posten des „Präsidenten" kommt, wie sich herausstellt, möglicherweise der betagte Carl Severing in Betracht, einer der Häuptlinge der Vorkriegsclique von Sozialverrätern, ein Henker der deutschen Arbeiterklasse, der 1929 die Maidemonstration in Berlin auseinanderschießen ließ und den Roten Frontkämpferbund verbot. Mit Severing konkurriert ein anderer Greis — Konrad Adenauer, der Führer der westdeutschen Katholiken, ein rheinischer Separatist und Bevollmächtigter von Vatikankreisen.

Diesen „Assen" folgen kleinere Trümpfe. Der rechtsstehende Sozialdemokrat Richard Katz, heute Justizminister von Schleswig-Holstein, ist gleich für drei Posten vorgesehen: den Ministerpräsidenten, den Justizminister oder den Innenminister. Katz ist deutscher Minister, aber amerikanischer Staatsbürger. Er hat sich viele Jahre in der Emigration befunden und die Staatsangehörigkeit der USA angenommen. Nach Beendigung des Krieges kehrte er nach Deutschland zurück, wo er sofort ein Ministerportefeuille erhielt. Ganz ähnlich steht es um die Biographie eines anderen Kandidaten für den Posten des „Ministerpräsidenten" — Max Brauers, des jetzigen Regierenden Bürgermeisters von Hamburg. Der dritte Kandidat für den gleichen Posten — der Berliner Pseudobürgermeister Ernst Reuter — hat die Kriegsjahre unter den Fittichen Papens in der Türkei verbracht.

Auch einen Kandidaten für den Posten des „Außenministers" hat die amerikanische Zeitung ausersehen. Es handelt sich um Karl Spiecker, einen alten Freund des Exreichskanzlers Brüning und dessen Vertrauensperson in Deutschland. Brüning selbst ist heute bekanntlich Berater des Staatsdepartements für deutsche Angelegenheiten...

Die Auswahl amerikanischer Quislinge für Bizonien hat, wie man sieht, nicht zu glänzenden Ergebnissen geführt: entweder altersschwache deutsche Reaktionäre aller Spielarten oder noch nicht recht flügge gewordene amerikanische Agenten.

Briefe aus Prag

W. JORDANSKI

2. DEN BODEN DEM VOLKE

„BIRKENMONAT" — Březen — nennt man auf tschechisch den März, den ersten Frühlingsmonat. Ein Sprichwort lautet: V březny vitr z břizy fouka", „Im März weht der Wind von der Birke".

Und wirklich, wie von grünenden Birken weht im März plötzlich ein warmer feuchter Wind... Auf dem Kalenderblatt sieht man das traditionelle Bildchen: Über den Pflug gebeugt schreitet der Ackermann eine Furche entlang. Aber für den tschechoslowakischen Frühling des Jahres 1949 ist dieser Bauer, der mutlos hinter seiner Mähre einherstapft, durchaus kein passendes Sinnbild. Eher eins der Vergangenheit.

...In der Ferne taucht ein weißes Schild mit schwarzem Pfeil auf. Es trägt die Aufschrift: Staatliche Leihstelle für Maschinen und Traktoren. Von der Landstraße zweigt hier ein Feldweg ab. Er führt zum nächsten Dorf, dorthin, wo sich hinter einer Umzäunung die Gevierte massiver Steinmauern dunkel abheben.

Unser Begleiter, Bedřich Šťasny, sagt: „Das frühere Gut des Pán Havelka."

Bedřich Šťasny, Abgeordneter der Nationalversammlung der Tschechoslowakei, Vorsitzender des Bezirkskomitees der Kommunistischen Partei im Flecken Melnik und aktiver Funktionär der dortigen Bauerngenossenschaften, ist ein lebhafter energischer Mann mit munteren lachenden Augen, dessen Haar an den Schläfen ergraut ist.

„Fürnehm war der Herr Gutsbesitzer: 400 Hektar Ackerland, 320 Hektar Wald, 3 Güter... Man erzählt, daß er zur Hochzeit seines Sohns den Neuvermählten 1 Million Kronen bar auf den Tisch gelegt hat. Ein Doppelzentner Weizen kostete damals 70 Kronen..."

Das Tor öffnet sich, und ein neuer grüner Traktor rollt uns entgegen, dahinter ein zweiter. In der Tiefe der Garage sieht man einen dritten und einen vierten.

„Čest práci!" (Ehre der Arbeit!) begrüßt Šťasny einen Mann in Arbeitskleidung mit frischen Masutflecken daran. „Sie prüfen die Maschinen? Da sind Sie aber fein heraus, das Wetter hat Ihnen etwa eine Woche Aufschub gegeben. Darf ich vorstellen? Leihstellendirektor Faltis..."

In der Garage stehen in gehöriger Ordnung fahrtbereite Traktoren. In den Nebenräumen sind Pflüge, Sä- und Mähmaschinen zusammengestellt, ein ganzer Anhängerpark.

Die Leihstelle konnte die überzählige Woche gar nicht brauchen: die Maschinen sind bereit, die Menschen gleichfalls. Die Traktorenführer, die im vorigen Herbst schon auf den Feldern der Umgegend gepflügt haben, und die Neulinge, die erst im Winter zur Leihstelle gekommen sind,

die Mechaniker und Leiter der Traktorenabteilungen haben im Winter die kostbare Zeit nicht vertan. Sie alle haben einen Fortbildungslehrgang in der Wochenendschule der Leihstelle absolviert und sich mit dem Plan der bevorstehenden Arbeiten, mit dem Tätigkeitsbereich jedes Arbeitstrupps, mit der Art und Weise der Brennstoffversorgung und dergleichen gründlich vertraut gemacht.

Die Leihstelle in Horňatky ist sehr jungen Datums. Sie hat noch nicht einmal ihren ersten Jahrestag gefeiert. Als im vorigen Herbst aus dem Tor des früheren Guts von Pán Havelka die ersten staatlichen Traktoren auf die Felder hinausfuhren, betrachteten die Bauern sie voll Mißtrauen. Sie waren nicht gewohnt, von diesem Gutshof Hilfe zu erhalten. Vor dem Beginn des Herbststurzes liefen Bestellungen auf Bearbeitung von nur 450 Hektar ein...

Aber schon am nächsten Tag gingen nach Horňatky eiligen Schritts Abgesandte aus den umliegenden Dörfern, deren Einwohner die Qualität der Arbeit gesehen und die Leihbedingungen und Kosten in Erfahrung gebracht hatten. Die Traktorentrupps arbeiteten Tag und Nacht: es wurden 2380 Hektar umgepflügt — fünfmal soviel wie anfangs vorgesehen war. Man hätte noch weitergemacht, aber es mangelte an Maschinen, an Menschen, an Zeit.

Seither ist der Maschinenpark der Leihstelle aufgefüllt worden, und die Leute haben sich überzeugt, daß sie schneller und besser arbeiten können: sie verlieren weniger Zeit mit Herumfahren und Tanken, sie lassen keinerlei Pannen und Stehzeit zu...

Die Traktorenführer sind, nach dem Beispiel der Fabrikarbeiter, miteinander in den Wettbewerb getreten und haben die Verpflichtung übernommen, statt 260 Hektar Tiefpflügens (d. h. statt des vorläufig festgesetzten Arbeitssolls eines Traktors) bis zu 400 Hektar mit jedem Traktor umzupflügen.

Der Kampf für die Ernte des Jahres 1949 hat schon begonnen. Im slowakischen Gebiet hat man Mitte Februar die Frühjahrsaussaat in Angriff genommen. Die Leihstelle für Maschinen und Traktoren in Horňatky liegt nördlich von Prag, wo die Arbeiten weit später beginnen. Von hier wurde für diese Zeit der beste Arbeitstrupp — 6 Mann, 4 Traktoren — nach dem Süden der Republik, in den Bezirk Komárno, entsandt, um slowakischen Bauern zu helfen.

... Eine Traktorenkolonne mit roten Fahnen — solch ein Bild wäre in der Tschechoslowakei auf einem Frühlings-Kalenderblatt von 1949 besser am Platze. In diesem Frühjahr fahren 22 000 Traktoren auf die Bauernfelder hinaus. Die staatlichen Leihstellen für Maschinen und Traktoren bearbeiten in diesem Jahr 35 Prozent des ganzen Ackerlands. Hinzu kommt die Arbeit der Traktoren, die den in fast 6000 Dörfern existierenden Genossenschaften gehören.

Es sei daran erinnert, daß in der Landwirtschaft der Tschechoslowakei vor drei Jahren nur 12 000 Traktoren eingesetzt waren, die größtenteils Magnaten wie dem Pán Havelka gehörten.

Die Mechanisierung der Landwirtschaft wird dadurch gefördert, daß die Industrie den Zweijahrplan erfüllt hat. Der Fünfjahrplan erheischt Verdoppelung der Traktorenzahl. Im Jahre 1953 wird es auf den Feldern 45 000 Traktoren und eine entsprechend gesteigerte Menge Anhänger — landwirtschaftliche Maschinen — geben.

Die Realisierung dieses Plans hat schon begonnen. Die erst im Vorjahr geschaffene Leihstelle in Horňatky, eine der jetzt in der Tschechoslowakei existierenden 445 Leihstellen für Maschinen und Traktoren, glaubt in ihrem Bezirk schon im laufenden Jahr zwei Zweigstellen gründen zu können.

Mechanisierung und Elektrifizierung der Landwirtschaft, Steigerung der Produktion von Kunstdüngemitteln — das ist die reale Grundlage, die es ermöglicht, den laut Fünfjahrplan bis 1953 in der Landwirtschaft zu erzielenden Produktionszuwachs auch wirklich zu erreichen.

* * *

Unweit von Melnik, in dem Dorf Střmi, liegt eine Genossenschaftsfarm für Schweinezucht. Die Bauern nutzen hierfür das Gut des Viehhändlers Baloun aus, der abgeurteilt worden war, weil er mit den hitlerfaschistischen Landräubern gemeinsame Sache gemacht hatte. Die Reaktionäre, die sich im Justizministerium verschanzt hatten, entließen ihn vor den Februarereignissen aus dem Gefängnis, und er tauchte rasch im Ausland unter.

Jaroslav Ulrich, ein früherer Armbauer, jetzt Leiter der Farm, führt uns, mit den Schüsseln klirrend, zum Viehhof.

In warmen sauberen Hürden tummeln sich lärmend Dutzende Ferkel. Vorläufig haben Ulrich und seine beiden Gehilfen nur für 125 Schweine zu sorgen, aber am Ende des Planjahrfünfts werden es 2000 sein, und man wird jedes halbe Jahr schlachten können.

In Melnik gibt es eine Geflügelfarm, die der gleichen Genossenschaft gehört. Ordentliche, helle und schöne Gebäude. Eisen, Beton und Glas. Ohrenbetäubendes, vielstimmiges Piepsen von Küchlein, elektrische Heizanlage, spezielle Futternäpfe, Maschinen zur Verarbeitung geschlachteten Geflügels und Kühlanlagen...

„Im April 1947 war hier Weideland", sagt der Farmleiter, „aber im September des gleichen

Jahres begann sich unsere Genossenschaftsfarm schon zu regen. Das ist der Zweijahrplan..."

* * *

In der Zeitung „Rudé Právo" wurde dieser Tage ein Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei an alle Parteimitglieder veröffentlicht. Vor dem 9. Parteitag, der im Mai d. J. zusammentreten wird, macht das Zentralkomitee die allseitige Entwicklung der Genossenschaften zu einer Hauptaufgabe der Landwirtschaft. In dem Brief heißt es:

„Die Genossenschaft bietet die allergrößten Möglichkeiten zur Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Produktion, zur vollen Ausnutzung der Maschinen, zum Erwerb landwirtschaftlicher Geräte sowie zur Erhöhung des kulturellen und sozialen Niveaus des Dorfes."

Am 7. März hat Klement Gottwald, der Präsident der Republik, das von der Nationalversammlung angenommene Gesetz über die landwirtschaftlichen Einheitsgenossenschaften unterzeichnet. Beseitigt wird also die bisherige Uneinheitlichkeit in der genossenschaftlichen Betätigung der Bevölkerung, sie wird in jedem Dorf in einer einzigen Zentrale zusammengefaßt. Auch neue Leihstellen für Maschinen und Traktoren werden durch eine einzige Zentrale ins Leben gerufen werden.

Im Februar 1948 fand in Prag eine Tagung der Bauernkommissionen statt. Mehr als 100 000 Werktätige des Landes hatten sich in der Hauptstadt eingefunden. Sie brachten die in tausenden Versammlungen in allen großen und kleinen Dörfern bekundeten Forderungen der Armbauern und der Mittelbauern vor: die Bodenreform zu Ende zu führen und das sogenannte „Hradecer Programm" zu realisieren, das von dem Landwirtschaftsminister, dem Kommunisten Julius D'uriš, formuliert worden ist, d. h. den Gutsbesitzern ihre Basis zu entziehen, die Gier der Großbauern einzudämmen und der werktätigen Bauernschaft Perspektiven zu eröffnen.

Seither ist ein Jahr vergangen, und jeder sieht: bei der Kommunistischen Partei ist Wort und Tat eins. Im Dorf sind epochemachende Veränderungen eingetreten. Der Boden gehört nunmehr wirklich denen, die ihn bearbeiten. Da die alte Bodenreform revidiert und eine neue durchgeführt worden ist, haben die Arm- und Mittelbauern dank Beschlagnahme der Landgüter von Verrätern und Umsiedlung der Deutschen insgesamt etwa 2 Millionen Hektar Boden erhalten. Das Gesetz hat das Höchstmaß für den Bodenbesitz genau festgesetzt: 50 Hektar. Die einheitliche Landwirtschaftssteuer wird gemäß dem Arbeitseinkommen veranschlagt. Der Bauer und seine Familie werden jetzt ärztlich betreut. Im Dorf gibt es Kinderecken und Lehrgänge, in denen die Bäuerinnen Bildung erwerben können. Der Staat bewilligt bedeutende Mittel für die Entwicklung des Sports im Dorfe, für die Einrichtung von Bibliotheken und für die Dorftheater.

Der kapitalistische Sektor verliert in der Landwirtschaft der Tschechoslowakei eine Position nach der andern. Das System der Darlehensgewährung, der Belieferung mit Lebensmitteln und der Aushilfe mit Maschinen, die Versorgung mit Düngemitteln und Industriewaren — all das ist so eingerichtet, daß der Armbauer und der Mittelbauer Vergünstigungen und die größten Vorteile erhalten.

Die Kontrolle über die richtige Durchführung dieser Politik liegt in den Händen der Werktätigen selber in Gestalt ihrer örtlichen Nationalkomitees.

* * *

...Dorf Tmáň, Slansky-Bezirk, Prager Gebiet. Eine Versammlung der Dorfaktivisten. Der Bauer Koubek, Berichterstatter für Landwirtschaftsfragen im Nationalkomitee des Bezirks, der Bauer Kunert, Vorsitzender des örtlichen Nationalkomitees, die landarmen Bauern Tymich, Frič u. a. erörtern die bevorstehende Aussaat. Es handelt sich um die Fristen für das Pflügen und um die Qualität des Eggens. Man beschließt, wer für Düngemittel und wer für Brennstoff sorgen soll. Nichts wird vergessen...

Der Plan ist fertig. Die 190 Hektar von Tmáň werden mit 3 Traktoren, 12 Sämaschinen, 6 Paar Pferdegespannen und 7 Paar Ochsen bearbeitet werden. Das Hauptunterpfand des gemeinsamen Erfolgs ist kameradschaftliche, gutnachbarliche gegenseitige Hilfe. Die Aussaat wird an einem einzigen Tag, allerhöchstens in anderthalb Tagen durchgeführt, damit man die im Boden aufgespeicherte Feuchtigkeit möglichst gut ausnutzen kann.

Die Bauern von Tmáň haben Lieferungsverträge mit dem Staat abgeschlossen und wollen, wie die Bauern der anderen Dörfer der Republik, ihrer Verpflichtung in Ehren nachkommen: zur Erfüllung des Fünfjahrplans beitragen und auch selber nicht zu kurz kommen.

Besonders gehobene Stimmung herrscht jetzt bei denen, die sich aufs neue im Grenzgebiet eingelebt haben — auf ureigenem tschechischem Boden, den erst Hitler von der Tschechoslowakei losgerissen hatte.

Wir fahren durch diese Gebirgsgegenden. Bewaldete Felsmassive. Auf den Gipfeln erblickt man die Ruinen alter Burgen.

Unterwegs zum Städtchen Doksy suchen wir im Dorf Obory den Gasthof auf. Offenbar hatte vor kurzem der traditionelle Ball stattgefunden:

der Saal war noch mit Bändern, Girlanden und Blumen geschmückt...

An einem langen Tisch mit Krügen voll Braunbier sitzen einige Bauern. Rudolf Pekeř, Karel Fidler, Jaroslav Halbich, Vaclav Bartoň, Josef Plaček... Sie alle sind Neusiedler und sind erst 1945 hierhergekommen, sie alle haben erst nach der Befreiung der Tschechoslowakei durch die Sowjetarmee eigenen Boden erhalten.

Pekeř arbeitete früher für den Gutsherrn Cidlař auf dem Gut Bukovno bei Mladá-Boleslav. Fidler war Arbeiter in der Zuckerfabrik in Skugrov. Halbich hatte in dem Bezirk Ičin 0,28 Hektar Boden und betrieb das Böttcherhandwerk. Bartoň und Plaček dienten als Landarbeiter bei Großbauern.

Jetzt hat jeder seinen Boden, sein Häuschen, seine landwirtschaftlichen Geräte. All dies hat ihnen der Staat zu außerordentlich niedrigem Preis auf Abschlagszahlung zur Verfügung gestellt.

Man unterhält sich naturgemäß über die bevorstehende Aussaat. Alles ist zehnmal durchdacht, berechnet und erwogen worden. Man muß so säen, daß man eine reiche Ernte erzielt...

* * *

In diesen Tagen veröffentlicht die Prager Presse an sichtbarster Stelle Meldungen von der Front der im Süden begonnenen Aussaat und der im Norden fortdauernden Vorbereitungen zur Aussaat. Die Telegramme sind exakt und lakonisch wie ein Kampfbericht. Hier einige von ihnen, aufs Geratewohl einer einzigen Zeitung entnommen:

Bratislava. Auf Zitný ostrov wird die Frühjahrsaussaat in 3—5 Tagen beendet sein. Im Bezirk Safařikovo ist die Aussaat des Sommergetreides zu mehr als 50 Prozent durchgeführt.

Brno. In den Südbezirken von Morava entfaltet sich die Frühjahrsaussaat. Im Bezirk Znojmo sind schon 300 Hektar bestellt, im Bezirk Mikulov 150.

Karlovy Vary. Die Traktoren der Sokolovská stanice werden zur Arbeit in zwei Schichten vorbereitet...

Die Bauern folgen dem Beispiel der Industriearbeiter, die als Ehrengaben für den 9. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei Produktionserfolge vorbereiten, und erklären in vielen Bezirken, die die Frühjahrsarbeiten in Angriff nehmen oder sich zur Aussaat vorbereiten, daß sie zu Ehren des Parteitags den Plan überbieten werden. Angeregt wurde diese Bewegung der Bauern von den Viehzüchtern des Bezirks Havličkov Brod, den Mechanikern der Leihstelle Nr. 371 für Maschinen und Traktoren in Podbořany und vielen anderen.

Die Zeit angespannter Arbeit naht heran. Man darf keinen Tag, keine Stunde verlieren — die Anforderungen, die der Fünfjahrplan stellt, sind groß. Ihm zufolge soll die landwirtschaftliche Gesamtproduktion bis 1953, verglichen mit 1948, um 37 Prozent anwachsen. Im laufenden Jahr soll sich der Viehbestand um 110 000, der Schweinebestand um 500 000, der Geflügelbestand um fast 3,5 Millionen Stück vergrößern.

Wie im Vorjahr schicken sich tausende Städter an, den Bauern Beistand zu leisten. Dort, auf den Bauernfeldern, sehen sich Arbeitsgenossen, Nationalfrontgenossen wieder, und abermals ertönt ihr Kampfgruß:

„Čest práci!"

„Práci čest!"

* * *

Die unerwarteten, aber höchst willkommenen Märzschneefälle sind vorbei, der erste Frühlingsmonat tritt schon wirklich in seine Rechte. In den Prager Gärten und Parks hüpfen Spatzen, und Tauben girren auf dem Asphalt des Platzes der Republik.

Es wehen die frischen „Birken"winde des ruhmvollen ersten Arbeitsfrühlings im ersten Planjahrfünft der volksdemokratischen Tschechoslowakischen Republik.

Prag, im März 1949

Im befreiten Tschangtschun

(Brief aus der Mandschurei)

J. SWETLOW

DER Zug Kirin—Tschangtschun ist überfüllt. Nach der Befreiung Tschangtschuns hat sich der Bevölkerungsstrom hierher gewendet. Viele unserer Reisegefährten haben zwei Jahre lang in anderen Städten des Befreiten China gelebt. Jetzt kehren sie heim. Unter den Fahrgästen gibt es solche, die in Tschangtschun den Terror des Militärklüngels der Kuomintang durchgemacht haben. Der alte Eisenbahner Hupeiing und der Arzt Jangkaoming sind altansässige Bewohner von Tschangtschun. Sie berichten vom Leben der Stadt unter der Herrschaft der Kuomintangleute. Nahezu 70 000 Menschen sind an Hunger und Krankheiten gestorben. In der letzten Zeit vor der Verjagung jenes Klüngels waren in der Stadt fast alle Industriebetriebe stillgelegt. Die Lebensmittelzufuhr aus dem eigentlichen China war aufs äußerste eingeschränkt, und was ankam, fiel Schiebern in die Hände. Tausende flüchteten ins Befreite China hinüber.

Jangkaoming erzählt, daß die Bevölkerung von Tschangtschun 1945 mehr als 600 000 Personen zählte, während im Augenblick der Befreiung nicht mehr als 160 000 Einwohner in der Stadt übrig waren.

Sobald die Stadt befreit war, riefen die demokratischen Machtorgane alle Arbeiter und Angestellten auf, die Wiederherstellung der zerstörten Wirtschaft in Angriff zu nehmen. Schon am Tage der Befreiung der Stadt wurde auf der Strecke Kirin—Tschangtschun der Güterverkehr eröffnet, nach einer Woche auch der Personenzugverkehr. Während der Kuomintangherrschaft hatte der Tschangtschuner Eisenbahnknotenpunkt mehr als ein Jahr lang nicht funktioniert. Die 2500 Arbeiter und Angestellten dieses Knotenpunkts fristeten ein klägliches Dasein.

Am Tag unserer Ankunft wurde in Tschangtschun die wiederhergestellte Strecke Harbin—Tschangtschun—Mukden eingeweiht. Auf dem Bahnhof herrschte reges Leben. Festlich geschmückt lief der erste Personenzug ein. An der Lokomotive prangte unter einem großen Bild Maotsetungs die Losung: „Vorwärts zum Endsieg der neuen Demokratie!"

Vor der Abfahrt des Zugs fand eine Massenkundgebung statt. Von den Reden, die hier gehalten wurden, blieb uns die Jehjangjaos, des Leiters eines Streckenarbeitertrupps, im Gedächtnis. Er sagte:

„Eher erlischt die Sonne über der Erde, als daß wir uns von unserer teuren Volksdemokratie lossagen. Wer ihren Atem und ihre belebende Kraft gespürt hat, der verflucht für alle Zeiten die drückende Vergangenheit, der hat ein einziges Lebensziel: den endgültigen Triumph der Demokratie in ganz China."

* * *

Kam man in den ersten Monaten nach der Befreiung Tschangtschuns dorthin, so mußte man unbedingt wahrnehmen, wie sich die Menschen, die die Herrschaft des Militärklüngels der Kuomintang durchgemacht haben, von denen unterschieden, die unlängst aus anderen Städten des Befreiten China in Tschangtschun eingetroffen waren. Die Erstgenannten hatten abgezehrte, magere Gesichter, eingefallene Wangen und statt der Kleider Lumpen am Leibe. Die andern sahen ruhig und zuversichtlich aus, trugen ordentliche Kleidung und bekundeten in jeder Geste ein starkes Gefühl ihrer eigenen Würde. In Tschangtschun sagt man:

„Nach dem Äußeren eines Menschen können Sie fast immer unfehlbar bestimmen, ob er schon lange im Befreiten China lebt."

Da die demokratischen Behörden um die jämmerliche Elendslage Tschangtschuns wußten, hatten sie geraume Zeit vor der Befreiung der Stadt in deren Vororten große Mengen von Lebensmitteln, Heizmaterial und warmer Kleidung angesammelt. Sobald die Volksbefreiungsarmee in die Stadt einrückte, wurden für die Bevölkerung sofortige Hilfsmaßnahmen ergriffen. Wie viele hat diese Hilfe vor dem Hungertode errettet!

In den ersten Tagen nach der Befreiung wurden unentgeltlich Lebensmittel und Heizmaterial verteilt und ärztlicher Beistand geleistet. Zur Verteilung gelangten mehr als 375 Tonnen Getreide sowie in großer Menge Salz und andere lebenswichtige Nahrungsmittel. Gegenwärtig ist Tschangtschun trotz der Mißernte des Vorjahrs mit Lebensmitteln versorgt.

Die japanischen Okkupanten bezeichneten Tschangtschun — die frühere Hauptstadt ihres

Marionettenstaats Mandschukuo — großmäulig als „Sinnbild der Blüte Ostasiens". Hinter diesem Wortgeflitter verbarg sich die koloniale Knechtung des chinesischen Volks. Den Zugereisten setzen Tschangtschuns Kontraste in Erstaunen: das asphaltierte, europäisch aufgemachte Stadtzentrum und die schmutzigen, verwahrlosten, gesundheitswidrigen Vorstädte; die fashionablen Villen und die Elendshütten der Armen.

Das Stadtzentrum hat wenig unter Kampfhandlungen gelitten. Aber die Vorstädte sind stark verheert. Aus einem Gespräch mit Tschaolike, dem Bauabteilungsleiter der Stadtgemeindeverwaltung, erfuhren wir, daß Tschangtschun 1945 aus über 11 000 Häusern bestanden hatte. Als der Militärklüngel der Kuomintang dort herumwirtschaftete, blieben nur die Hälfte erhalten, darunter viele in untauglichem Zustand, weil die Holzteile von den Kuomintangsoldaten als Heizmaterial weggeschleppt wurden.

Auf unsere Frage, welche Maßnahmen man zur Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen ergreife, antwortete Tschaolike:

„Wir siedeln jetzt die ärmste Bevölkerung in den Häusern an, die früher der Militärklüngel der Kuomintang und die geflüchteten Bürokraten innehatten. Allein im Dezember 1948 sind etwa 7000 Familien umgesiedelt worden. Aber damit ist das Problem nicht gelöst. Um so weniger, als in der Stadt ununterbrochen Leute ankommen, die sie während der Kuomintangherrschaft verlassen haben. Von der Befreiung der Stadt an bis zum Januar 1949 hat sich die Einwohnerzahl mehr als verdoppelt. Darum leisten wir jetzt Vorbereitungsarbeiten, um zu Beginn der Bausaison den Wiederaufbau und die Instandsetzung der Wohnhäuser in Angriff zu nehmen..."

Täglich kann man in den Straßen Tschangtschuns eigenartige Prozessionen beobachten: arme Familien halten in den neuen Wohnungen Einzug. Voran schreitet gewichtig der Familienvater, ihm folgt die übrige Familie mit ihrer einfachen Habe, umgeben von vielen Verwandten, Bekannten und Unbekannten, die an diesem Festzug teilzunehmen wünschen. Der Zug wird von Freudenrufen, Begrüßungen und Tänzen begleitet.

Wir stießen auf einen solchen Zug, als Schikialung, ein Arbeiter des Tschangtschuner Maschinenwerks, seine neue Wohnung bezog. Er hat eine große, neunköpfige Familie. Die Gemeindeverwaltung hatte ihm eine Dreizimmerwohnung im Stadtzentrum eingeräumt. Schikialung lud uns gastfreundlich ein, seine neue Wohnung in Augenschein zu nehmen. Er bemerkte:

„Mein ganzes Leben habe ich unter einem Strohdach zugebracht. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo auch bei uns, wie in eurem Lande, der Arbeiter die Möglichkeit hat, in menschenwürdigen Verhältnissen zu leben..."

* * *

Viel Aufmerksamkeit schenken die demokratischen Behörden der Wiederherstellung der Kommunalwirtschaft und der sanitären Reinigung des befreiten Tschangtschun.

Die Kuomintangleute haben während ihres Herumwirtschaftens in Tschangtschun 16 Kilometer Kraftstromleitung zerstört und mehr als 30 000 Leitungspfähle abgesägt. Die Stadt wurde faktisch des Kraftstroms beraubt.

Dank der opferwilligen Arbeit der Bevölkerung und der Hilfe anderer befreiter Städte Chinas sind bis zum Januar d. J. 32 von den 36 Hauptleitungen völlig wiederhergestellt worden. Alle Objekte der umfangreichen Kommunalwirtschaft sowie die Wohnhäuser haben Kraftstrom erhalten.

Zehn Tage nach der Befreiung begann auf den wichtigsten Straßenbahnlinien der reguläre Verkehr, den die Kuomintangleute vor anderthalb Jahren eingestellt hatten. Von den 40 Kilometern des Straßenbahnnetzes waren 37 Kilometer nach 65 Tagen wiederhergestellt.

In den Straßen erschienen Omnibusse und Personenautos. Im Januar haben die städtischen Verkehrsmittel im Tagesdurchschnitt an die 25 000 Fahrgäste befördert.

Sogleich nach der Befreiung der Stadt nahm die Post ihre Arbeit wieder auf. Es sind 9000 Fernsprecher wiederhergestellt und 14 Fernsprechleitungen in Betrieb genommen worden.

Auf den Straßen der Stadt wird bis spät in die Nacht an der gründlichen Instandsetzung der Fahrdämme gearbeitet. Man räumt die Verteidigungsanlagen weg. Das Gesundheitsamt sorgt für Seuchenbekämpfung und Stadtreinigung. Das ist eine schwere Aufgabe. Man muß vor allem einige Millionen Tonnen Schutt und Unrat wegschaffen, der sich in der Stadt angehäuft hat. In allen Stadtvierteln wurden Ausschüsse zur Säuberung der Straßen und der Höfe geschaffen.

Die demokratischen Behörden haben 7 Polikliniken eröffnet, die die Bevölkerung kostenlos ärztlich betreuen.

Der Leiter der I. städtischen Poliklinik berichtet uns:

„Unsere Besucher können sich nicht daran gewöhnen, daß man die Werktätigen unentgeltlich behandelt. Früher kostete ja eine nichtssagende ärztliche Konsultation schweres Geld. Jetzt aber ist alles für das Volk da..."

* * *

Während der Kuomintangherrschaft waren Industrie und Handel vollständig lahmgelegt. Im Volksmund nannte man Tschangtschun „Ssutscheng", d. h. „Tote Stadt". Was wir sahen, war keine tote Stadt mehr. Wir sahen eine von den Toten auferstandene Stadt. Mit Hilfe der Bevölkerung wurde unverzüglich der Wiederaufbau der Betriebe in Angriff genommen. Wiederaufgebaut wurden nacheinander eine Zündholzfabrik, ein Maschinenwerk, die Getreidereinigungsfabrik Futien und viele andere Betriebe.

Den Tschangtschuner Arbeitern steht das ganze Befreite China bei. In einer der Abteilungen des Tschangtschuner Glühlampenwerks Huimin bemerkten wir, wie eine große Arbeiterschar einem Mann aufmerksam lauschte, der den technischen Hergang der Glühlampenproduktion erklärte. Es stellte sich heraus, daß dies ein Werkmeister vom Harbiner Glühlampenwerk war, der die Reise nach Tschangtschun unternommen hatte, um den dortigen Arbeitern Beistand zu leisten.

Wir hatten Gelegenheit, mit Personen zusammenzukommen, die sich aus verschiedenen Städten des Befreiten China nach Tschangtschun begeben hatten, um die Produktion, die lange stilllag, organisieren zu helfen.

In der Tschangtschuner Papierfabrik findet eine Arbeiterkundgebung statt. Gehobene Stimmung. Der neue Direktor, ein Stammarbeiter dieser Fabrik, sagt:

„Die demokratische Staatsordnung hat uns zu Herren des Landes gemacht, und das erlegt uns eine große Verantwortung auf. Jeder von uns muß ebenso gut wie für sich selber arbeiten..."

Arbeiter sprechen, übernehmen Produktionsverpflichtungen und geloben, daß sie das gesellschaftliche Eigentum hüten werden. Die Kundgebung ist beendet, aber die Arbeiter gehen noch lange nicht auseinander. Jeder will seine Gedanken äußern.

Eine andere Kundgebung: in der Maschinenwerkstätte Sinscheng. Der alte Arbeiter Mussutou spricht:

„Ich habe mit 6 Jahren zu arbeiten begonnen, bin aber während meines ganzen Lebens nie satt gewesen. Jetzt bin ich ein alter Mann. Ich werde wohl nicht mehr lange leben, aber ich werde sehr gut arbeiten, um zum Fundament der glücklichen Zukunft Chinas auch mein Körnchen Arbeit beizutragen."

Derlei Ausführungen bekommt man sehr oft zu hören. Die Befreiung der Stadt hat bei den Tschangtschunern Arbeitsenthusiasmus geweckt. Sie haben Arbeitsverpflichtungen übernommen und bringen mit der brüderlichen Hilfe der Arbeiter anderer Städte des Befreiten China die Produktion in Fluß.

Viele Fabriken und Werke liefern bereits ebensoviel Erzeugnisse wie im Jahre 1945, manche sogar mehr. Ende Januar d. J. war die Produktion im Maschinenwerk gegenüber der von 1945 um 250—300 Prozent angewachsen. Die Webereien von Tschangtschun haben den Produktionsstand von 1945 um 25—30 Prozent überholt.

Kuotschiehngfu, Vorsitzender des Betriebsrats einer Werkstatt, erzählte uns, die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter seien nicht wiederzuerkennen, seitdem die demokratische Macht in die Stadt eingezogen ist. Kuotschiehngfu sprach mit Begeisterung von den neuen Arbeitsbedingungen, von den Vergünstigungen für arbeitende Frauen und Jugendliche, von der Weiterzahlung des Lohns im Krankheitsfall und von vielen anderen Rechten, die die Tschangtschuner Arbeiter aus den Händen der demokratischen Behörden empfangen haben und die von den Gewerkschaften wachsam gehütet werden.

* * *

Das befreite Tschangtschun atmet aus voller Brust. Volksmassen drängen sich vor den Lautsprechern, die auf den Straßen angebracht sind. Die Tschangtschuner Funkstation sendet Heeresberichte, Meldungen der Agentur Hsinhua, Lieder des Befreiten China usw.

Am Tag nach der Befreiung der Stadt erschien von neuem, nach dreijähriger Unterbrechung, die Tageszeitung „Tschangtschunhinpao". Auch die illustrierte Zeitschrift „Tungpei Huapao" begann zu erscheinen.

Man eröffnete die Buchhandlugen „Tungpeischutien" und „Kwanghua" sowie in 9 von 12 Stadtbezirken Lesehallen, in denen Vorträge über die demokratischen Umgestaltungen in Chinas befreiten Gebieten gehalten werden.

Im Januar d. J. wurden in der Stadt 8 Kinos eröffnet. Zwei Jahre lang hatte die Bevölkerung keinen Film gesehen. Die Eintrittskarten sind immer ein paar Tage vorher ausverkauft. Besonderen Erfolg hatte bei den Tschangtschunern während unseres dortigen Aufenthalts der Dokumentarfilm „Die demokratische Mandschurei" (7. Serie). Darin sind die erhabenen Ergebnisse des demokratischen Aufbaus der befreiten Mandschurei wahrheitsgetreu wiedergegeben. Der Film wird unter Beifallsstürmen vorgeführt.

Beim Verlassen des Zuschauerraums hörten wir ein Zwiegespräch bejahrter Chinesen:

„Wir sind in vielem zurückgeblieben. Hast du gesehen, was die dort in zwei Jahren geschafft haben?"

„Na, und wir werden uns bemühen, das in einem Jahr zu schaffen. Ich habe so ein Gefühl, als ob

ich zehnmal stärker geworden bin. Das heißt, man muß für zehn arbeiten. Wir holen sie ein."

Zwei Monate nach der Befreiung der Stadt eröffnete die Gemeindeverwaltung 62 Grund- und Mittelschulen, die von mehr als 20 000 Schülern besucht werden. Außerdem sind in fast allen Stadtbezirken Abendschulen zur Beseitigung des Analphabetentums sowie politische Schulen eingerichtet worden. Allein im Bezirk Züngannung gibt es 7 solcher Schulen mit mehr als 1400 Schülern. Zu den Programmen aller Schulen gehört das Studium der politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der demokratischen Behörden.

Im November des Vorjahrs nahm die Zweigstelle des Mukdener Instituts „Tungpei" den Unterricht auf. Im Januar zählte man in dem Institut schon 310 Studenten und 38 Professoren. Auch im Tschangtschuner Medizinischen Institut haben die Vorlesungen begonnen. In der allgemeinen Stadtversammlung zur Wahl der Delegierten für die erste Tagung der studierenden Jugend der Mandschurei sprachen die Studenten mit größtem Stolz über die demokratische Staatsordnung. Paoliutung, Student des Instituts „Tungpei", sagte:

„Ich bin ein Bauernsohn. Keiner meiner Vorfahren war jemals in einer höheren Lehranstalt. Alle meine Dorfgenossen sind stolz darauf, daß ich jetzt Student eines Instituts bin. Das Recht auf das Studium haben wir von den demokratischen Behörden erhalten, und wir rechtfertigen ihr Vertrauen..."

Seit der Befreiung Tschangtschuns sind erst 3 Monate vergangen. Besonders auffällig sind daher die Wandlungen im Bewußtsein derer, die jahrelang der verderblichen „ideologischen Bearbeitung" durch die japanischen Behörden und die Kuomintang ausgesetzt waren.

Selbst eine nur kurze Bekanntschaft mit dem Leben der befreiten Stadt vermittelt eine Vorstellung von den potentiellen Möglichkeiten des demokratischen China. Binnen kurzem hat das Volk eines der bedeutendsten Zentren des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Mandschurei wiedererstehen lassen.

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Ein Gaunertrick

Die vor zwei Wochen in der Sowjetunion vorgenommene neue Preissenkung für Lebensmittel und industriell erzeugte Massenbedarfsartikel hat eine weitere bedeutende Hebung des Lebensniveaus des Sowjetvolkes bewirkt. Die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems über das kapitalistische ist hiermit ein übriges Mal auf das anschaulichste zutage getreten.

Die Presse der englisch-amerikanischen Monopole hat ihr möglichstes getan, um den Eindruck abzuschwächen, den der von ständiger Sorge für das Wohl des Volkes eingegebene Beschluß der Sowjetregierung in der ganzen Welt gemacht hat. Viele westeuropäische Zeitungen haben ihren Lesern entweder überhaupt nichts von der Preissenkung in der Sowjetunion mitgeteilt, oder sie haben sich bemüht, die Bedeutung dieses neuen großen wirtschaftlichen Siegs des Sowjetsystems dadurch herabzusetzen, daß sie ihn mit ein paar Zeilen abtaten.

Das Komplott des Schweigens hat sich jedoch als ein schwaches Mittel erwiesen. Deshalb beschlossen die Propagandisten der Monopole, zur Verleumdung zu greifen.

Am 4. März brachte der Londoner Rundfunk in ungarischer Sprache einen Vortrag, der mit Gaunertricks förmlich gespickt war.

Der Vortragende begann mit der Erklärung, die Preissenkung müsse „für die russischen Arbeiter eine sehr angenehme Neuigkeit gewesen" sein. Natürlich hatte er nicht sagen können, diese Neuigkeit sei unangenehm gewesen. Er ließ jedoch durchblicken, die Annehmlichkeit dieses Ereignisses sei von zweifelhafter Natur. Warum? Weil, so flunkert der Rundfunkschwindler, in Rußland schon vorigen Sommer von einer Preissenkung die Rede gewesen sei, man habe vorgehabt, sie vorigen Herbst durchzuführen... Bei wem war davon die Rede? Wer hatte es vorgehabt? Hierüber schweigt sich der Kommentator aus, weil er es sich aus dem Finger gesogen hat. Ihm kommt es darauf an, bei den Hörern den unklaren Verdacht zu erregen, die Preissenkung in der Sowjetunion habe sich „verspätet".

Weiter berichtet der Kommentator über das Ausmaß der Preissenkung und greift dabei willkürlich und tendenziös nur die Preise heraus, die um 10 Prozent gesenkt wurden. Außerdem erwähnt er noch, Wodka sei um 28 Prozent billiger geworden. Die Tatsache, daß die Preise für viele Massenbedarfsartikel um 15—20 Prozent ermäßigt worden sind, für andere sogar um 25—30 Prozent, wird vorsätzlich verschwiegen. Zugleich spricht er heuchlerisch sein Bedauern darüber aus, daß man die Preise nicht um 25—50 Prozent ermäßigt hat.

Es liegt auf der Hand, daß der Londoner Rundfunk viel besser täte, derartige Ratschläge für die Labourregierung und ihre Kolleginnen im Zeichen des Marshallplans aufzusparen. Der englische Rundfunkkommentator begreift, daß dieser Gedanke auch seinen Hörern naheliegt. Deshalb fügte er schleunigst hinzu, in der Sowjetunion sei es bedeutend leichter, die Preise zu senken, als im Westen, wo die Wiederherstellung mit anderen und schwierigeren Methoden erzielt werde. Die besondere Schwierigkeit dieser Methoden besteht, wie man erfährt, in der Lohnsenkung! Die Methoden sind aber erstens nicht so schwierig wie räuberisch, und zweitens führen sie nicht zu einer Preissenkung. Im Gegenteil, man weiß, daß der Reallohn sowohl in den USA als auch in England sinkt und daß die Preise steigen.

Nein, die Gaunertricks des Londoner Kommentators können die Wahrheit nicht vertuschen. Er sagt ja selbst, daß es in der Sowjetunion bedeutend leichter ist, die Preise zu senken. Jawohl, es ist leichter, vor allem deshalb, weil die Preise in der Sowjetunion nicht von räuberischen Kapitalisten reguliert werden, die das Volk ausplündern, sondern von der Sowjetregierung, die unentwegt nach Hebung des materiellen Wohls und des Lebensstandards des Sowjetvolkes strebt.

N. Sch.

Mißglückter Vorstoß eines Fürsprechers des Marshallplans

Vor kurzem brachte die BBC eine Vortragsserie über die wirtschaftliche Lage in den volksdemokratischen Ländern und ihre Beziehungen zur Sowjetunion. Tätigen Anteil an diesen Sendungen nahm Denis Healey, der Leiter der außenpolitischen Abteilung des Vollzugsausschusses der Labourpartei, der sich auf Verleumdungen gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder spezialisiert hat.

Denis Healey erklärte, die Politik der Sowjetunion im Hinblick auf diese Länder trage nicht zum Gedeihen ihrer Wirtschaft bei, sondern wirke sich vielmehr „verderblich" auf sie aus. Im Widerspruch zu den allgemein bekannten Tatsachen sagte Healey, die Lage in den Ländern der Volksdemokratie verschlechtere sich, sie müßten den Gedanken an eine Verbesserung ihrer Lage für die Lebensdauer vieler Generationen aufgeben (!). Healey reiht eine bösartige Unwahrheit an die andere.

Zunächst einmal entstellt er das Wesen der Reparationszahlungen Ungarns und Rumäniens an die Sowjetunion. Bekannt ist, daß in den Friedensverträgen mit diesen Ländern, die sowohl von der Sowjetunion als auch von England und den USA unterzeichnet wurden, die Höhe und Fristen dieser Zahlungen vorgesehen sind. Bekannt ist ferner, daß auf Initiative der Sowjetunion die Zahlungsfrist von 6 auf 8 Jahre ausgedehnt wurde. Schließlich verzichtete die Sowjetunion im vorigen Jahr auf die Hälfte der noch verbleibenden Reparationszahlungen und leistete damit diesen Ländern eine wesentliche Hilfe.

Eine ganz andere, ausgesprochen übelwollende Haltung nahmen die Länder des englisch-amerikanischen Blocks gegenüber Ungarn und Rumänien ein. Sie verlangten, die Reparationen sollten entweder in Dollars oder in Pfund Sterling, nicht aber in Warenlieferungen geleistet werden. Eine solche Bedingung hätte im Falle ihrer Annahme Ungarn, Bulgarien und Rumänien genötigt, ihre Waren zu billigen Preisen im Ausland zu verkaufen, um Dollars und Pfund Sterling hereinzubekommen. Das hätte diesen Ländern den Strick um den Hals gelegt. Die Lüge Healeys über den angeblichen „Druck", den die Sowjetunion mit Hilfe der Reparationen auf die Länder der Volksdemokratie ausübt, ist also beim ersten Zusammenprall mit den Tatsachen wie eine Seifenblase geplatzt.

Offenbar paßt es den Herrschaften von der BBC auch nicht, daß die Wirtschaftsabkommen der volksdemokratischen Länder mit der Sowjetunion zu einem raschen wirtschaftlichen Aufschwung in diesen Ländern beitragen und eine erhebliche Garantie für die Erfüllung ihrer Wirtschaftspläne bilden. Die BBC sucht diese Abkommen zu verunglimpfen und behauptet z. B., die Tschechoslowakei erhalte aus der Sowjetunion keinerlei gleichwertige Lieferungen. In Wirklichkeit liefert die Sowjetunion der Tschechoslowakei und anderen volksdemokratischen Ländern

sowohl wichtige industrielle Rohstoffe als auch Industrieausrüstungen und Lebensmittel. Gleichzeitig garantiert die Sowjetunion diesen Ländern einen stabilen Absatzmarkt für einen bedeutenden Teil ihrer Erzeugnisse. Noch mehr, etwa 70 Prozent des tschechoslowakischen Exports nach der Sowjetunion sind Waren, die im Westen nicht abgesetzt werden könnten.

Die Wirtschaftshilfe der Sowjetunion führt zur Hebung des Industriepotentials der volksdemokratischen Länder, was ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit stärkt. Konnte Rumänien im vorigen Jahr nur Rohstoffe und Halbfabrikate ausführen, so ist es in diesem Jahr dank der Hilfe der Sowjetunion bereits imstande, Schwerindustrieerzeugnisse zu exportieren. Der Anteil der Fertigwaren am ungarischen Export ist von 45 Prozent im Jahre 1947 auf 57 Prozent im Jahre 1948 gestiegen. Auch im Export Bulgariens wächst der Anteil der Industriewaren.

Bedeutenden Raum in den Anwürfen Healeys nimmt die Behauptung ein, die Wirtschaftsabkommen zwischen den volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion seien einseitig und ungerecht. Healey erklärt kaltschnäuzig, die Länder der Volksdemokratie verkauften ihre Waren an die Sowjetunion billiger, als sie sie in anderen Ländern absetzen könnten, die Sowjetunion zahle Spottpreise usw.

Für seine Erfindungen konnte Healey keine Tatsachen oder Ziffern als Beleg anführen. Er sagte, es fiele ihm schwer, ziffernmäßige Angaben zu machen.

Natürlich fällt ihm das „schwer"! Denn die Ziffern und Tatsachen widerlegen seine verleumderischen Behauptungen restlos. Die Sowjetunion liefert den Ländern der Volksdemokratie Waren und kauft bei ihnen Industrie- und Landwirtschaftserzeugnisse zu Preisen, die denen des Weltmarkts gleichkommen.

Die besondere Wut Healeys und seiner Freunde wecken die gemischten Gesellschaften, die in einer Reihe volksdemokratischer Länder unter Beteiligung der Sowjetunion gegründet worden sind. Die Ursache ist offenbar, daß diese Gesellschaften bei der Wiederherstellung der Wirtschaft in den volksdemokratischen Ländern eine große Rolle spielen, da sie zur Entwicklung ihrer Produktivkräfte beitragen, die früher, unter den Verhältnissen der reaktionären Staatssysteme und des überhandnehmenden Auslandskapitals, künstlich gehemmt waren. Wie die rumänische Zeitschrift „Problemele economice" schreibt, fußen die gemischten Gesellschaften

„auf den Prinzipien völliger Gleichberechtigung. Beide Partner zahlen die gleiche Summe ein, verfügen über 50 Prozent der Aktien und erhalten den Gewinn zu gleichen Teilen. Bemerkt sei, daß bei Festsetzung der Einzahlungen jedes einzelnen Partners die beschränkten Möglichkeiten Rumäniens berücksichtigt und ihm entsprechende Erleichterungen gewährt wurden. So stellte die Sowjetunion bei der Organisierung der rumänisch-sowjetischen Luftfahrtgesellschaft neue Flugzeuge und Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung, während es Rumänien gestattet wurde, fast die Hälfte seines Beitrags durch die Pacht für die von Flughäfen in Anspruch genommenen Liegenschaften zu decken.

Zur Erdölgesellschaft Sovrompetrol und zur Holzindustriegesellschaft Sovromles steuerte die Sowjetunion Anlagen, Ausrüstungsgegenstände und Maschinen bei, Rumänien einen großen Teil des Rohstoffs, d. h. Erdöl und Holz in rohem, unbearbeitetem Zustand."

Kennzeichnend ist auch folgende Tatsache. Während diejenigen Industriebetriebe Rumäniens, die in den Händen von Großunternehmern und ausländischen Kapitalisten verblieben, keineswegs zur Entwicklung der Industrie beitrugen, sondern im Gegenteil die Produktion sabotierten und einschränkten, haben die gemischten Gesellschaften an der Wiederherstellung und Fortentwicklung der Volkswirtschaft gearbeitet. Ganz ebenso ist es in Ungarn.

Die ganze Welt sieht, daß die Länder Osteuropas, die früher halbkoloniale Agraranhängsel der Industriemächte Westeuropas und Amerikas waren, jetzt den Weg der Industrialisierung und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit betreten haben. Das raubt den Imperialisten ihren Schlummer. Healey, der in ihrem Namen auftritt, verrät sich ganz und gar, wenn er behauptet, die Industrialisierung der osteuropäischen Länder müsse in enger Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Ländern, d. h. im Rahmen des Marshallplans erfolgen.

Man kann sich vorstellen, was das für eine Industrialisierung wäre! Einiges könnten z. B. die Arbeiter italienischer Fabriken, in denen die Produktion eingestellt wird, hierzu sagen. Die Völker Osteuropas haben sich mit eigenen Augen auf Grund der bitteren Erfahrungen ihrer westlichen Nachbarn davon überzeugt, daß der Marshallplan ein Werkzeug nicht zur Industrialisierung, sondern zur Drosselung und Knechtung der Volkswirtschaft der europäischen Länder im Interesse der USA-Monopole ist. Es wird nicht gelingen, den Bewohnern der volksdemokratischen Länder das Joch dieses Plans aufzuhalsen, welche raffinierten Verleumdungen die Dollarpropagandisten auch ins Treffen führen mögen.

D. Petrowski

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Offenbarungen eines USA-Imperialisten

W. KRYMSKI

DER NEUYORKER VERLAG Harcourt, Brace and Company veröffentlichte im vorigen Jahr ein Buch von William Reitzel, „Das Mittelmeer. Seine Rolle in der amerikanischen Außenpolitik."*

In diesem Buch werden die Probleme des Mittelmeers, des Nahen und Mittleren Ostens vom Standpunkt des USA-Imperialismus betrachtet. Der Verfasser wiederholt mehrmals, die USA und Großbritannien ließen sich in diesen Ländern nur von dem einen Wunsche leiten, „die demokratischen Einrichtungen fortzuentwickeln". Diese Phrasen werden jedoch nur anstandshalber gedroschen. Kaum geht Reitzel zur Sache selbst über, so zeigt sich deutlich der Pferdefuß des auf Raub bedachten Kolonisators. Sein Buch ist gerade deshalb interessant, weil es das wahre Bild der imperialistischen Kolonisierung der Länder des Nahen und Mittleren Ostens entwirft, wo vor dem zweiten Weltkrieg Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien wirtschafteten, jetzt aber die englisch-amerikanischen Expansionisten die Herrschaft unter sich teilen.

Der Charakter der „Demokratie", um die es den englisch-amerikanischen Imperialisten zu tun ist, geht allein schon daraus hervor, daß die britischen Interessen nach Reitzels Schilderung

> „den Schutz der Erdölvorkommen im Iran, in Irak, Transjordanien und Saudisch-Arabien sowie der Ölraffinerien, Ölleitungen und Hafenanlagen in Syrien und Palästina erforderlich machen. Das allgemeine Interesse aber erfordert, daß das Entstehen eines Vakuums im Nahen Osten" (hierunter versteht man in der englisch-amerikanischen Literatur die Länder des Nahen und Mittleren Ostens von Ägypten bis nach Afghanistan) „verhindert wird, da die Möglichkeit besteht, daß dieses Vakuum von einer nichtbefreundeten Macht ausgefüllt werden könnte...
>
> Das größte und beinahe wichtigste Objekt dieser Interessen im Nahen Osten ist das Erdöl... Es bietet nicht nur eine weitgehende und vorteilhafte Investitionsmöglichkeit, sondern die englische Regierung ist als Aktienbesitzerin und als Hüterin strategisch wichtiger Rohstoffquellen geradezu verpflichtet, es zu schützen...
>
> Alle Einwirkungsmethoden wurden angewandt, von der Intervention mit Waffengewalt bis zu diskreter Überredung, um diese Interessen sicherzustellen. Hauptsächlich in diesem Zusammenhang ist das ausgedehnte britische System der Oberaufsicht und Verwaltung geschaffen worden."

Reitzel geniert sich nicht zuzugeben, daß die politischen Herrschaftssysteme in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens den Völkern dieser Länder von den englischen Kolonisatoren aufgezwungen worden sind. Diese Herrschaftssysteme sollen

> „den Großmächten Sicherheit gewährleisten und freien Zugang zum gesamten Mittleren Osten geben".

Reitzel untersucht die Folgen des zweiten Weltkriegs vom Gesichtspunkt ihres Einflusses auf die englischen Positionen in den östlichen Ländern und erklärt, die Niederwerfung Deutschlands und Italiens sowie die Verdrängung Frankreichs habe England weitgehende Möglichkeiten geboten. Die nationale Befreiungsbewegung habe jedoch eine Ausnutzung dieser Möglichkeiten behindert. Reitzel sucht die englischen Monopolherren davon zu überzeugen, daß sie ihre Positionen in den Kolonien ohne amerikanische Hilfe nicht behaupten können. Großbritannien sei infolge seines finanziellen und wirtschaftlichen Bankrotts, vor allem aber infolge des Aufschwungs der nationalen Befreiungsbewegung in den Ländern des Orients, gezwungen, die Hilfe der USA in Anspruch zu nehmen und sich mit dem USA-Kapital in die Herrschaft über das Mittelmeerbecken zu teilen.

> „Wie sich die in der britischen Politik in Aussicht genommenen Beziehungen auch letztlich gestalten mögen, das vorläufige Ziel der Politik muß es sein, das Tempo eintretender Veränderungen herabzumindern. Eine Methode, dies zu erreichen, ist die Förderung der Entwicklung amerikanischer Interessen und die Steigerung der amerikanischen Macht am Mittelmeer."

Schon während des zweiten Weltkriegs gab England seine Kolonialpositionen im Osten eine nach der andern an die USA ab und sah hierin ein Mittel zur Rettung des baufälligen Imperiums. Reitzel erklärt:

> „Auf rein militärischem Gebiet wurden alle ursprünglichen Vorstellungen von der britischen Verantwortung am Mittelmeer fallengelassen... Eine ständige Steigerung der amerikanischen Macht war die Alternative."

Der Verfasser des vorliegenden Buchs erzählt ausführlich, wie sich das amerikanische Kapital im Laufe einer Reihe von Jahren intensiv Zutritt zu den an Erdöl und andern Rohstoffen reichen

* The Mediterranean. Its Role in America's Foreign Policy. By William Reitzel. Harcourt, Brace and Company, New York 1948.

Ländern des Ostens verschafft hat. Er schreibt offen, die USA hätten während des zweiten Weltkriegs Voraussetzungen für eine koloniale Durchdringung dieser Bezirke geschaffen.

„Im Jahre 1943... gelangten die amerikanischen Erdölgesellschaften, die sich eine lange Zeit über schrittweise einen Weg zu den Ölfeldern des Mittleren Ostens gebahnt hatten, zu befriedigenden Arbeitsvereinbarungen mit den bestehenden britischen Gesellschaften und sahen in naher Zukunft einer erheblichen Expansion entgegen. Sofort konnte ein viel präziseres und bedeutenderes Interesse festgestellt werden, das zwar hauptsächlich ein Handelsinteresse war, aber dazu neigte, sich mit strategischen Erwägungen zu identifizieren."

Die Politik der USA und Englands im Nahen und Mittleren Osten wird von Reitzel als Summe der Erfahrungen der britischen Kolonisatoren und der amerikanischen Stärke charakterisiert. In dieser Kombination erblickt er eine wichtige Handhabe zur Ausführung der englisch-amerikanischen Weltherrschaftspläne und zur Festigung des schwankenden Kolonialsystems. Die Interessen Englands und der USA im Nahen Osten würden wahrgenommen mit Hilfe der

„kombinierten Ressourcen eines historischen britischen Systems der Macht und des Einflusses sowie eines Zustroms amerikanischer Macht, gestützt auf ein gewaltiges wirtschaftliches und militärisches Potential... Keine der beiden Mächte hätte allein derartige Resultate erzielen können...

Es ist eine ungeschminkte Tatsache des Augenblicks, daß das britische System und die amerikanischen Ressourcen eine Zwillingsmacht im Mittelmeerraum darstellen. Das britische System kann nicht mehr wirksam funktionieren, es sei denn im Verein mit den amerikanischen Ressourcen, und die amerikanische Politik kann ihre Ressourcen noch nicht wirksam verwenden, es sei denn im Verein mit dem britischen System."

Es gehört jedoch nicht zu den Plänen der USA-Imperialisten, die Herrschaft im Nahen Osten lange mit England zu teilen. Die USA-Monopole streben schließlich nach völliger Verdrängung ihrer britischen Partner aus den jetzt von ihnen besetzten Positionen. Dennoch, so schreibt Reitzel, sei es nötig,

„ein wirksames Kompromiß zwischen den Nachteilen dieser gegenseitigen Abhängigkeit der amerikanischen Macht und des britischen Einflusses einerseits und der Notwendigkeit dieser Abhängigkeit andrerseits zu schließen".

Zudem, so fährt er fort, sei es notwendig,

„sich Handlungsfreiheit im rein amerikanischen Interesse vorzubehalten, ohne das britische System, durch das dieses Interesse laufend unterstützt wird, in gefährlicher Weise zu schädigen. Was geschultes Personal und gesammelte Kenntnis der örtlichen Bedingungen betrifft, könnte es nicht leicht und nicht schnell ersetzt werden."

Als wichtigste Aufgabe der Kolonialpolitik des USA-Imperialismus bezeichnet Reitzel die Unterdrückung des nationalen Befreiungskampfes der Ostvölker, die „die Fremden hassen" und sich zur „Aufhebung des Status quo am Mittelmeer" zusammentun. Reitzel, der seine Beunruhigung über die anwachsende Befreiungsbewegung äußert, muß zugeben, daß dieser Kampf „imposante Kräfte in Aktion versetzen kann". Er gesteht, daß in den arabischen Ländern von Tag zu Tag „machtvolle soziale Bewegungen" erwachsen, die

„für die amerikanischen Auslandsbeziehungen ein kostspieliges Problem darstellen... Demographische, ökonomische und ideologische Kräfte werden gegen jede subsidierte oder aufgezwungene Stabilität wirken..."

Es sei schwer, einen Weg zu bahnen in einer Situation, auf die sich der nationale Kampf auswirke.

Welches Rezept schlägt Reitzel zur Unterdrükkung dieses Kampfes vor?

„Das erfordert eine Politik, die in örtlichen Teilfragen elastisch, in ihrer regionalen Zielsetzung aber fest ist... Die durch eine solche Zielsetzung entstehenden Beziehungen würden wahrscheinlich insofern vom Zwang frei sein, als das in den Beziehungen zwischen starken und schwachen Nationen möglich ist."

Reitzel legt die in Washington ausgearbeiteten Pläne für eine blutige Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens dar und fällt über die Sowjetunion her. Wie die ganze englisch-amerikanische Meute der Kriegsbrandstifter gerät auch er in Tollwut über die moralischen Siege, die die Sowjetunion in der UNO davonträgt. Er gibt einen ganzen Strom schablonenhafter Verleumdungen über „aggressive Absichten" der Sowjetunion von sich und plaudert rundweg folgendes aus:

„Die USA und Großbritannien sind sich über die praktische Notwendigkeit einig, die Sowjetunion von der direkten Beteiligung an Mittelmeerangelegenheiten im allgemeinen auszuschließen."

In seinem aggressiven Übereifer schreibt der amerikanische Jobber nun schon ganz unverhohlen über die Pläne Washingtons, dem das Mittelmeer ein militärstrategisches Aufmarschgebiet der USA für einen von diesen vorbereiteten neuen Weltkrieg ist. Reitzel schreibt:

„Die Ziele, die die USA, gestützt auf das Mittelmeer, verfolgen, sind zugleich politisch und strategisch."

Reitzel macht aus seiner Wut gegen die große Sowjetunion, die an der Spitze der Kräfte der Demokratie, des Friedens und der Sicherheit aller Völker marschiert, kein Hehl. Ihm schwebt, genau wie seinen Brotgebern von der Wall Street, schon eine USA-Herrschaft über den ganzen Erdball und eine Umwandlung der UNO in ein Kolonialamt der USA vor.

„Die USA könnten sich bemühen, die UNO so weit auszubauen, daß sie als Weltregierung zu fungieren imstande ist, und könnten ein System errichten, das als konstitutionelles System einer Macht zu bezeichnen wäre... Die USA können entscheiden, daß sie wohl eine der beiden Mächte in einem Zweimächtesystem sein werden. Da man sich ein solches System schwer im Gleichgewicht vorstellen kann, ist anzunehmen, daß es bemüht sein wird, mit Hilfe eines Kriegs stetig dem System einer Macht zuzustreben."

Man hat also selbst das letzte Pünktchen aufs I gesetzt. Im Gegensatz zu dem Streben hunderter Millionen Menschen nach einem langwährenden und festgefügten Frieden, lechzen die neugebakkenen amerikanischen Weltherrschaftsanwärter nach einem Krieg.

Reitzel enthüllt in seinem Buch mit zynischer Offenheit die Beweggründe der aggressiven Außenpolitik der USA in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Dies Buch bestätigt restlos, daß der von den englisch-amerikanischen Politikern eingefädelte Mittelmeerpakt oder Ostmittelmeerblock ebenso wie die anderen Pakte und Blocks, die die USA zusammenschustern, in Wahrheit dazu dienen, einen Krieg für eine Weltherrschaft der USA-Monopole vorzubereiten.

AUS DEM BRIEFKASTEN DER REDAKTION

Wahrheit verboten

Ein amerikanischer Gelehrter, der den Wunsch hat, die Wissenschaft in strengem Einklang mit der Wahrheit darzulegen, hat keine leichte Aufgabe.

Vor uns liegt ein Aufsatz mit der Überschrift: „Moderne Bodenkunde" (Modern Soil Science) aus der Feder Professor Charles E. Kelloggs. Der Aufsatz ist in einem der letzten Hefte der Zeitschrift „American Scientist" (Band 36, Nr. 4 vom Oktober v. J.) veröffentlicht.

Professor Kellogg behandelt darin die Lehre vom Boden als einem einheitlichen Komplex mineralisch-chemischer, biologischer und kulturhistorischer Faktoren. Der Name des Begründers dieser genialen Lehre ist in der Sowjetunion jedem Schuljungen bekannt. Es ist der große russische Gelehrte Wassili Wassiljewitsch Dokutschajew.

Auch Charles E. Kellogg kennt diesen Namen. Fast auf jeder Seite seines Aufsatzes gebraucht er Fachausdrücke, die von dem hervorragenden russischen Bodenforscher in die Wissenschaft eingeführt worden sind. Kellogg schreibt von Aschenböden, von roten Aschenböden, von Grauerde, Salzboden und Schwarzerde, und benutzt dafür die russischen Ausdrücke „podzol", „sierozem", „solonchak", „solonetz" und „chernozem".

Aber nirgends in seinem Aufsatz erwähnt Kellogg Dokutschajew!

Will man der dem Aufsatz angefügten Bibliographie glauben, so sind die Urheber der modernen Bodenkunde andere wenig bekannte Persönlichkeiten wie Robert F. Chandler, Irvin C. Brown, R. B. Dale, R. P. Humbert.

Professor Kelloggs Schweigen ist sicher kein freiwilliges. Hiervon zeugt zumindest folgende Stelle seines Aufsatzes. Er schreibt von der menschlichen Zivilisation, die es verstanden hat, von jeher brachliegende Schwarzerdegebiete zu erschließen, und fährt fort:

„...Tatsächlich wurde die große moderne Armee, die die Deutschen bei Stalingrad zum Stehen brachte, auf diesen Böden aufgeboten..."

Man kann nur Mitgefühl für Professor Kellogg empfinden! Ihm ist es offensichtlich nicht gestattet, von Dokutschajew zu sprechen, und nicht einmal die heroische Sowjetarmee darf er nennen, die unter der Ägide ihres großen Heerführers, Generalissimus Stalin, die faschistischen Heerhaufen aufs Haupt geschlagen und die Menschheit und Wissenschaft vor dem drohenden Untergang bewahrt hat.

Die Dinge, über die Professor Kellogg in seinem Aufsatz an vielen Stellen Schweigen bewahrt oder die er nur halb ausspricht, geben eine Vorstellung von der muffigen Atmosphäre in der modernen amerikanischen Wissenschaft, die von der eisernen Ferse der heutigen Machthaber der USA zu Boden gedrückt wird.

Professor Kellogg schreibt, die Möglichkeit der Anwendung der Agrarwissenschaft zum Wohl der Menschheit sei unbegrenzt. „Die Resultate der Bodenforschung zeigen", so fährt er fort, „daß Überfluß erzielbar ist." Aber, so erklärt Kellogg, „sogar in diesem großen Land" (Kellogg meint die USA) „sehen wir eine unnötige Unwirksamkeit in der Landwirtschaft". „Manche Farmer wissen nicht, was sie anfangen sollen." Andere „kennen keinen Weg zum Wissen". Wieder andere, „die ihn kennen, haben keine Möglichkeit, es in der Praxis anzuwenden"... Zusammenfassend sagt Professor Kellogg:

„Wenn aber die Völker der Welt beschließen, daß sie Frieden und ausreichende Nahrung wollen, und wenn sie sich den wirtschaftlichen und sozialen Problemen zuwenden, die dem im Weg stehen, dann sagt die Wissenschaft vom Boden, daß es erreichbar sei..."

Das Sowjetvolk löst mit Erfolg gerade die „wirtschaftlichen und sozialen Probleme", die der ganzen Welt Frieden und Brot bringen können. Bei der Lösung dieser Probleme hilft ihm die vorgeschrittene Sowjetwissenschaft. Ganz anders steht es in Amerika, wo die Kriegsbrandstifter die Wissenschaft an die Kette einer schmählichen Knechtschaft geschmiedet haben.

Wl. Lwow

Leningrad.

5. März

In Solingen (englische Besatzungszone) wird eine Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Westdeutschlands eröffnet.

6. März

William Z. Foster, Vorsitzender des Landeskomitees der Kommunistischen Partei der USA, und Eugene Dennis, Generalsekretär der Partei, erklären in einem Schreiben an Präsident Truman, daß die Kommunistische Partei ungeachtet allen Verfolgungsdrohungen den Kampf für Frieden fortsetzen wird.

—

Eröffnung der traditionellen Frühjahrsmesse in Leipzig.

7. März

In Leipzig findet eine vom Deutschen Volksrat einberufene Kundgebung für Einheit, Demokratie und Frieden statt, an der sich viele Tausende beteiligten. Auf der Kundgebung wird eine Resolution angenommen, in der Erweiterung des Interzonenhandels und Einstellung der antidemokratischen und antisowjetischen Kampagne gefordert werden.

8. März

In der Sowjetunion, den Ländern der Volksdemokratie, in den USA, in England, Frankreich, Italien und anderen Ländern wird der Internationale Frauentag festlich begangen.

—

Der Internationale Studentenverband, der Mädchenbund Frankreichs (Union des Jeunes Filles de France), das Landeskomitee der für den Frieden einstehenden Geistesarbeiter Frankreichs und andere Organisationen unterstützen den Vorschlag des Internationalen Verbindungsausschusses der Geistesschaffenden zur Verteidigung des Friedens, einen Weltkongreß der Friedensanhänger einzuberufen.

—

Das Gebietsgericht von Sofia fällt das Urteil in dem Spionageprozeß gegen eine Anzahl Führer der evangelischen Kirche in Bulgarien. Vier Angeklagte werden zu lebenslänglichem Zuchthaus, 9 zu Freiheitsstrafen von 5 bis zu 20 Jahren, 2 zu je einem Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

—

Rücktritt Sunfos, des Ministerpräsidenten der Kuomintangregierung.

9. März

Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion (WZSPS) veröffentlicht seine Antwort auf ein Telegramm des Nationalen Exekutivkomitees der Arbeitsföderation Neuseelands, das völlig unbegründete Erfindungen über die Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion enthält. Der WZSPS widerlegt die von den Feinden der Sowjetunion — den Finanz- und Industriemagnaten sowie ihren Agenten in der Arbeiterbewegung — verbreiteten notorischen Lügen und fordert das Nationale Exekutivkomitee der Arbeitsföderation Neuseelands auf, sich dem sowjetischen Antrag an die achte Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats anzuschließen, mit dem eine allseitige und objektive Klärung der tatsächlichen Arbeitsbedingungen für Arbeiter und Angestellte in den kapitalistischen Ländern sowie in der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie gefordert wird.

—

A. S. Panjuschkin, der Sowjetbotschafter in den USA, legt beim Staatssekretär Dean G. Acheson Protest ein gegen die am 4. März erfolgte gesetzwidrige Verhaftung des Sowjetdiplomaten W. A. Gubitschew, eines Mitarbeiters des UNO-Sekretariats.

—

Mit den Stimmen des englisch-amerikanischen Blocks lehnt der Wirtschafts- und Sozialrat einen sowjetischen Resolutionsentwurf betr. Maßnahmen gegen Verletzung der gewerkschaftlichen Rechte ab und nimmt einen zu nichts verpflichtenden Resolutionsentwurf an, der von dem neuseeländischen Delegierten eingebracht wurde.

—

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands schließt sich dem Aufruf des Internationalen Verbindungsausschusses der Geistesschaffenden zur Verteidigung des Friedens an, einen Weltkongreß der Friedensanhänger einzuberufen.

10. März

In Moskau wird die fünfte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR eröffnet. A. G. Swerjew, Finanzminister der UdSSR, hält das Referat über den Staatshaushalt der UdSSR für 1949 und die Staatshaushaltsabrechnung für 1947.

—

Der Sowjetschriftstellerverband veröffentlicht einen Aufruf zur Unterstützung des Vorschlags des Internationalen Verbindungsausschusses der Geistesschaffenden zur Verteidigung des Friedens, einen Weltkongreß der Friedensanhänger einzuberufen.

—

Das USA-Staatsdepartement fordert die italienische Regierung auf, den Atlantikpakt zu unterzeichnen.

—

Die Militärgouverneure der westlichen Besatzungszonen Deutschlands beschließen, die Lieferung von Kohle zu Haushaltszwecken an die Bevölkerung der Berliner Westsektoren einzustellen.

11. März

Das Antifaschistische Frauenkomitee der Sowjetunion und eine Reihe von Zentralkomitees sowjetischer Gewerkschaften veröffentlichen Aufrufe, in denen sie dazu auffordern, den Vorschlag des Internationalen Verbindungsausschusses der Geistesschaffenden zur Verteidigung des Friedens auf Einberufung eines Weltkongresses der Friedensanhänger zu unterstützen.

—

Die Zentralkommission der polnischen Gewerkschaften, die Polnische Frauenliga, der Tschechoslowakische Schriftstellerverband und andere Organisationen Polens und der Tschechoslowakei unterstützen den Vorschlag, einen Weltkongreß der Friedensanhänger einzuberufen.

12. März

Die sowjetischen Gelehrten, das Slawische Komitee der Sowjetunion, der Verband der Wissenschaftler Bulgariens und verschiedene Organisationen Frankreichs und anderer Länder unterstützen den Vorschlag, einen Weltkongreß der Friedensanhänger einzuberufen.

—

Hojingtsching wird zum Vorsitzenden des Exekutivjuans (Ministerpräsidenten) Kuomintangchinas ernannt.

13. März

Das Antifaschistische Komitee der Sowjetjugend, die Akademie der medizinischen Wissenschaften der Sowjetunion, die Schriftsteller Bulgariens und Polens, die Holländische Frauenföderation und andere Organisationen geben bekannt, daß sie den Vorschlag, einen Weltkongreß der Friedensanhänger einzuberufen, unterstützen.

—

In Budapest trifft eine bulgarische Regierungsdelegation ein.

14. März

Der Zentralverband der Konsumgenossenschaften der Sowjetunion und eine Reihe von Zentralkomitees sowjetischer Gewerkschaften geben bekannt, daß sie den Vorschlag, einen Weltkongreß der Friedensanhänger einzuberufen, unterstützen.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

März 1949

VERLAGSANZEIGEN

STAATSVERLAG FÜR TECHNISCH-THEORETISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

J. I. PERELMAN — *Unterhaltende Mechanik.* 172 S., Rbl. 3,—

J. A. PRATUSEWITSCH — *Variationsmethoden in der Baumechanik.* 400 S., Rbl. 15,—
Theorie und Praxis der Anwendung von Variationsmethoden bei der Lösung von Aufgaben der Baumechanik und der Elastizitätstheorie.

RUSSISCH-ENGLISCHES POLYTECHNISCHES WÖRTERBUCH. Herausgegeben von L. N. Kondratow. 348 S., Rbl. 12,—

N. S. SWENTIZKI — *Das Stahlspektroskop und seine Anwendung.* Vereinfachte Methoden der Spektralanalyse im sichtbaren Teil des Spektrums. Mit Tabellenbeilagen. 240 S., Rbl. 15,—

L. A. SENA — *Die Kollision von Elektronen und Ionen mit Gasatomen.* (Serie „Aktuelle Probleme der Physik".) 216 S., Rbl. 7,50

M. G. SEREBRJENNIKOW — *Die harmonische Analyse.* 504 S., Rbl. 25,50
Theoretische Grundlagen und praktische Methoden der harmonischen Analyse sowie Beispiele ihrer Anwendung in Technik und Naturwissenschaft.

JOHN STRONG — *Die Praxis des modernen physikalischen Laboratoriums.* Aus dem Englischen. Herausgegeben von W. A. Fabrikant. 444 S., Rbl. 25,—

FORTSCHRITTE DER PHYSIKALISCHEN WISSENSCHAFTEN. Herausgegeben von E. W. Schpolski.

Band XXXVI. 3. Heft. S. 247—416, Rbl. 10,—

Inhalt: *S. I. Wawilow* — Experimentelle Forschungsarbeiten über Quantenfluktuationen mittels visueller Methode. *G. S. Landsberg* — Der Doppler-Fiseau-Effekt und die Molekularbewegung. *A. N. Terenin* — Photodissoziation der Moleküle. *W. A. Fok* — Fresnels Reflektionsgesetze und die Gesetze der Strahlenbrechung. *J. I. Frenkel* — Interatomische Kräfte in festen und flüssigen Substanzen. *T. P. Krawez* — Die Evolution der Energielehre. *W. N. Kondratjew* — Die Verteilung von aktiven Reaktionszentren in der Brennschicht. *D. I. Blochinzew* — Darstellung von Mikropartikeln durch Diffraktion. *I. A. Chwostikow* — Luminiszenz der Atmosphäre. *B. Derjagin* und *N. Krotowa* — Elektrische Adhäsionstheorie. *G. S. Gorelik* — Interferenz, Diffraktion und Spektralanalyse in der Optik und Radiotechnik.

Band XXXVI. 4. Heft. S. 417—572, Rbl. 10,—

Inhalt: *P. P. Feofilow* — Polarisierte Luminiszenz. *W. M. Lopuchin* — Wanderwellenröhren. *D. R. Corson* und *R. R. Wilson* — Partikel- und Quantenzähler. *G. P. Harnwell* — Physik des Unterseebots.

F. I. FRANKL und J. A. KARPOWITSCH — *Gasdynamik dünnwandiger Körper.* (Serie „Aktuelle Probleme der Mechanik".) 176 S., Rbl. 6,—

FRANZÖSISCH-RUSSISCHES POLYTECHNISCHES WÖRTERBUCH. 654 S., Rbl. 43,—

S. E. FRISCH — *Spektroskopische Bestimmung von Kernmomenten.* (Serie „Aktuelle Probleme der Physik".) 152 S., Rbl. 6,—

W. W. FURDUJEW — *Theoreme der Reziprozität in mechanischen, akustischen und elektro-mechanischen Vierpolsystemen.* 92 S., Rbl. 3,10
Monographie über das Reziprozitätsprinzip in dynamischen Systemen.

S. A. TSCHAPLYGIN — *Gesammelte Werke.*
Band I. Theoretische Mechanik. Mathematik. 484 S., Rbl. 19,50
Band II. Hydrodynamik. Ärodynamik. 644 S., Rbl. 19,50

I. A. TSCHARNY — *Hydromechanik unter der Erdoberfläche.* 196 S., Rbl. 6,70
Monographie über die Bewegung natürlicher Flüssigkeiten und Gase in ihren naturgegebenen Reservoiren.

W. W. SCHARONOW — *Die Sonne und ihre Beobachtung.* 204 S., Rbl. 5,—
Beschreibung der Phänomene und der Beobachtungsmethoden, die Amateurastronomen zugänglich sind.

E. JAHNKE und F. EMDE — *Funktionentafeln mit Formeln und Kurven.* Aus dem Deutschen von L. I. Sedow und G. W. Tolstowa. Mit Nomogrammen. 420 S., Rbl. 22,—

Alles in russischer Sprache.

DIE **NEUE ZEIT**

ERSCHEINT **WÖCHENTLICH IN**
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE **NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHERHEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF GEGEN DIE KRIEGSBRANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE **NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFTSTELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENTLICHEN LEBENS.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics